



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 9.

Berlin, den 2. Juni 1918.

13. Jahrgang.

Reichstagsersatzwahl in Berlin.

Berlin, den 28. Mai 1918.

Am 25. Mai ist der Vertreter des I. Berliner Wahlkreises und Präsident des Reichstages, Dr. Johannes Kaempff, im Alter von 76 Jahren gestorben. Kaempff war ein typischer Repräsentant des liberalen Finanzkapitals, dessen Vertreter in der Parteipolitik sich rein äußerlich zur liberalen Ideologie bekennen, in Wirklichkeit aber völlig den imperialistischen Kurs steuern, wenn sie hier und da auch Scheingefechte mit den feudalen und agrarischen Klassen führen. Damit geht natürlich Hand in Hand die Gegnerschaft gegen das klassenbewußte Proletariat und die Forderungen des Sozialismus. Nur die Kurzsichtigkeit und Eitelkeit regierungssozialistischer Parlamentarier kann in dem Liberalismus Kaempffscher Couleur einen Bundesgenossen im Kampfe gegen Imperialismus und Reaktion erblicken. Wie schwer den Verfechtern des „entschiedenen Fortschrittes“ der Kampf gegen den Militarismus ist, erhellt u. a. aus dem Umstande, daß Herr Kaempff der Schwiegervater zweier Offiziere war. Auch die Ansprachen, die der verstorbene Reichstagspräsident bei den verschiedenen feierlichen Anlässen während des Krieges im Parlamente gehalten hat, ließen an Devotion nach oben und an imperialistischer Begeisterung nichts zu wünschen übrig. Desto undußamer war Herr Kaempff, wie überhaupt das ganze Reichstagspräsidium gegen die Fraktionsredner der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft und später der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Durch den Tod Kaempffs ist das Mandat des I. Berliner Wahlkreises freigeworden und in einigen Wochen steht hier eine Ersatzwahl bevor. Im Jahre 1912 wurden hier in der Hauptwahl im ganzen 11 155 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den sozialdemokratischen Kandidaten, Genossen Düwell, 4408, auf den Fortschrittler Kaempff 4657 Stimmen, außerdem wurden für die Wirtschaftliche Vereinigung 482, für das Zentrum 169, für die Polen 37 und für andere Parteien 1395 Stimmen abgegeben, 7 Stimmen waren zersplittert. In der Stichwahl wurde Kaempff mit 5588 Stimmen gegen den Genossen Düwell gewählt, der nur 5579 Stimmen erhielt. Die Eigenart des im Geschäftszentrum Berlins gelegenen Wahlkreises bringt es mit sich, daß sich die Zahl der Wahlberechtigten gegen 1912 noch weiter vermindert haben wird; dazu kommen die Einberufungen, so daß bei der Ersatzwahl nur mit einer geringen Wählerzahl zu rechnen sein wird. Der Regierungssozialismus wird wahrscheinlich auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten. Er dürfte in bundesbrüderlicher und burgfriedlicher Treue den Bestzustand der fortschrittlichen Volkspartei respektieren, und das um so mehr, als er mit Hilfe des Fortschrittes seine Absichten auf einen Sitz im Reichstagspräsidium zu verwirklichen suchen wird. Vom reinparlamentarischen Formalismus aus ist der Anspruch der regierungssozialistischen Fraktion auf einen Sitz im Reichstagspräsidium berechtigt. Ob aber eine proletarische Partei sich in einem Parlamente, dessen Machtbefugnisse schon durch die Verfassung ungeheuer eingeengt sind und dessen Mehrheit im Laufe der Kriegszeit so viel Beweise dafür abgelegt hat, daß sie nicht den geringsten Willen zur Macht hat, zur Präsidialwürde drängen soll, ist eine andere Frage. Jedenfalls erhebt der Regierungssozialismus Ansprüche darauf und braucht zu deren Durchdrückung die Hilfe des Fortschritts. Das paßt ganz in den Rahmen seiner Politik der „Erfolge“, von denen das Volk zwar nicht satt und frei wird, mit denen man aber politische Kinder täuschen kann.

Im „Vorwärts“ wird schon Stimmung nach einer gewissen Richtung hin gemacht. Zu den ruhmvollsten Epochen des ruhmvollen Lebens des

Herrn Scheidemann gehört bekanntlich die kurze Zeit, in der er als Vizepräsident des Reichstages brillieren konnte. Auch jetzt wird sein Name als Nachfolger Kaempffs genannt. Im „Vorwärts“ heißt es, daß der neue Präsident „nichts vom Polizeidiener haben“ und „nicht jeden Humors erlangen“ dürfe. Wer erfüllt aber diese Bedingungen besser als Herr Scheidemann? Unserer Partei kann ein regierungssozialistischer Präsident oder Vizepräsident aus vielen Gründen nur recht sein.

Im I. Berliner Wahlkreise wird die Unabhängige Sozialdemokratie trotz aller Schwierigkeiten den Wahlkampf aufnehmen. Wir werden darin wahrscheinlich das liebliche Schauspiel erleben, daß der Regierungssozialismus Schulter an Schulter mit dem liberalen Bank- und Konfektionskapital gegen den Kandidaten der klassenbewußten Arbeiterschaft kämpft. Der Propagierung unserer Ideen soll dieser Wahlkampf um so förderlicher sein.

Nach der Brotverkürzung noch Herabsetzung der Fleischration!

Wir lesen in der „Deutschen Tageszeitung“:

In dem Bericht über die letzte Sitzung des Ständigen Ausschusses des Landeskulturrats für das Königreich Sachsen war u. a. erwähnt worden, daß sich der Landeskulturrat für eine Herabsetzung der Fleischzuteilung ausgesprochen habe. Das „Zwickauer Tageblatt und Anzeiger“ knüpft daran folgende Bemerkungen:

„Wie denken sich denn die Herren vom Landeskulturrat eigentlich die Fleischzuteilung (schon von Ende Mai ab)? Welchen Ersatz wollen sie der Bewilligung, die vom 15. Juni an ohnehin durch die Herabsetzung der Brotration schwer getroffen wird, dafür geben? Das Fleisch ist uns seit Jahr und Tag ohnehin aus äußerster Knapp zugemessen. Fett gibt es so gut wie gar nicht, wenn man nicht gerade Schwerstarbeiter ist, also wovon soll man leben, um arbeitsfähig zu bleiben, wenn jetzt auch die 200 Gramm wöchentlichen Fleischgenusses herabgesetzt werden sollen? Milch bekommt ja auch jetzt schon nur ein kleiner Bruchteil der Bevölkerung.“

Dazu bemerken die „Nachrichten“ des Landeskulturrats:

„Zunächst müssen wir betonen, daß das „Zwickauer Tageblatt“ einen wichtigen Sachteil unseres Berichtes unterschlagen hat. Die Herabsetzung der Fleischzuteilung von Ende Mai ab sollte ausdrücklich davon abhängig sein, daß dem keine besonderen Hindernisse entgegenstehen. Selbstverständlich ist die Herabsetzung der Brotzuteilung ein solches Hindernis. Eine amtliche Bekanntmachung darüber lag jedoch am Tage der Sitzung noch nicht vor, es konnte also darauf nicht Bezug genommen werden.“

Im übrigen ist hervorzuheben, daß die Verminderung des Fleischverbrauches und die Schonung der Viehbestände von Woche zu Woche eine zwingendere Notwendigkeit wird, wenn der „kleine Bruchteil der Bevölkerung“ welcher jetzt Milch bekommt, sie auch fernerhin erhalten soll. Es handelt sich besonders um die Kinder und die Kranken, die dieses Nahrungsmittel unbedingt benötigen. Die Zahl der Milchstube hat sich nun aber während des Krieges im Königreich Sachsen um 90 000 Stück, also um rund 20 Proz. verringert. Diese Tiere könnten täglich 300 000 Liter Milch liefern, deren Nährwert sicher um ein Bedeutendes höher ist, als die jetzt gewährte Fleischmenge.

Die Verminderung der Milchviehbestände erfolgt von Monat zu Monat in schnellerem Zeitmaße. Bis vor kurzem konnte ein Teil des Fleischbedarfes durch Schweinefleischung gedeckt werden. Heute ist diese Viehgattung fast ausgestorben und liefert so gut wie kein Fleisch mehr. Auch fehlen sich sonst die schlachtreifen Rinderbestände im wesentlichen Teile aus Jungvieh zusammen. Jetzt herrscht demgegenüber das Jungvieh vor. Um eine gewisse Fleischmenge zu erhalten, muß sonach eine weit größere Anzahl Tiere zur Schlachtabank geführt werden, als ehedem.

Die baldige Herabsetzung der Fleischzuteilung liegt deshalb zum mindesten im gleichen Interesse der Verbraucher wie der Erzeuger.“

Die Herabsetzung der ohnehin schon knappen Fleischration als im Interesse der Konsumenten liegend zu begründen ist ein starkes Stück.

Eine „Ergänzung des Erfurter Programms“.

Die vom Würzburger Parteitag der Abhängigen eingesetzte Kommission hat eine „Ergänzung des Erfurter Programms“ zur Diskussion gestellt und ihr den Namen „Aktionsprogramm“ gegeben. Die Vorschläge behandeln politische Forderungen, Forderungen für den Übergang zur Friedenswirtschaft, Sicherstellung des Arbeitsmarktes nach dem Kriege, Beteiligung der Arbeiter an der Übergangsorganisation, Maßnahmen gegen monopolistische Wirtschaftsgebilde, handelspolitische Forderungen, Finanz- und Steuerreform, sozialistische Forderungen und kommunalpolitische Forderungen.

Wenn man den wortreichen Erguß auch noch so aufmerksam liest, findet man kaum etwas, was das ganze mühselige Beginnen einigermaßen rechtfertigt. Es sind im ganzen nur Ausführungsbestimmungen von Forderungen, die man nicht aufgeben konnte, wenn man nicht das ganze Erfurter Programm kassieren wollte. Und soweit scheint die Entwicklung jener Partei noch nicht gediehen zu sein.

Aber in Würzburg wurde ja, besonders in der von Scheidemann verlesenen Rede, der Anbruch einer neuen Zeit, das Wirken eines „neuen Geistes“ für die abhängige Sozialdemokratie angekündigt. Diese Verkündigung wurde damals besonders von der liberalen Presse ganz richtig gewürdigt. Deren Begeisterung ließ ganz offen erkennen, wie groß die Freude über den neuen Bundesgenossen war, der sich heingefunden hat zu den politischen Richtlinien der bürgerlichen Kriegsdemokratie. Jetzt wird auch angesichts dieses „Aktionsprogramms“ von der Freisinnspresse halb mit Befriedigung, halb mit Spott festgestellt, das seien ja meist Fänge, wie sie der Liberalismus vor und im Kriege auch schon vertreten habe. An den eigentlichen politischen Forderungen nimmt der Liberalismus keinen Anstoß, — er weiß, daß das alles im Munde der Scheidemann, David, Südekum nicht so böse gemeint ist. Man hat schon das Engagement des parlamentarischen Vizekanzlers als eine große Errungenschaft ausgeschrien, man ist also bei den Abhängigen leicht zu befriedigen. Auch die Herren Wiemer, Müller, Meiningen, Haubmann gebärden sich als „Demokraten“, wenn es in ihre Rolle paßt, auch sie verstehen die falsche Löwenmähne des Schreiner Schmod ebenso grimmig zu schütteln wie die Volkstribunen der Berliner Lindenstraße.

Während auch im Zentrum — wohl aus ähnlichen Erwägungen — keinerlei Beunruhigung über den grimmigen Feldzugsplan der Scheidemannier besteht, zeigt sich rechts das ganz natürliche Bemühen, die großen Worte des Aktionsprogramms ernst zu nehmen und daraus die — Bündnisunfähigkeit der Regierungssozialisten herzuleiten. Die Konservativen werden freilich mit dieser Taktik kein Glück haben. Sie vergessen, daß es den Scheidemannern Lebensaufgabe ist, sich nicht auszuschalten, und daß sie dieser Aufgabe alles geopfert haben und opfern werden. Und weiter wird vergessen, daß die Blockparteien den Sozialpatrioten das eigensinnige Bekenntnis zu alten Jugendsünden gern verzeihen, wenn nur von Fall zu Fall die heilige Einheit funktioniert.

„Im übrigen ist das sozialdemokratische Aktionsprogramm außerordentlich arm an fahrenden Gedanken sowohl wie an praktischen Einzelvorschlägen“ — so urteilt selbst das Berliner Erberger-Organ! Bleibt zu fragen, was die Arbeiter von einem solchen Aktionsprogramm zu erwarten haben und womit man sie genasführt hat. Der lange Speisezetteln enthält nämlich nichts, was etwa zur Begründung, Erläuterung, Entschuldigung der Politik vom 4. August 1914 dienen könnte. Diese Politik sollen die sozialdemokratischen Arbeiter als eine Selbstverständlichkeit schlucken.

Wie denkt man sich die weitere „Aktion“ bei neuen Kriegskrediten?

Wie will man sich stellen zu den neuen Forderungen für Heer und Marine? (Was außer den sozialdemokratischen Kriegs-Leutnants auch die Arbeiter interessieren wird.)

Wie denkt man über die Kolonialpolitik nach dem Kriege?

Und wie über die Schutzpöle?

Die Welt ist sehr neugierig zu hören, wie „die Sozialdemokratie am Scheidewege“ sich entschließen will, ob sie sich mit den „führenden Geistern“ verständigt hat, die sich in den letzten drei Fragen eine völlige Abkehr von der alten Taktik verlangen, — und gerade das wird schüchtern verschwiegen. Schade, sehr schade.

Was die Diskussion über dieses erlesene Aktionsprogramm auch ergeben mag, — die Sehenden und Wissenden wird man durch solches Blendwerk nicht täuschen. Wie die Politik der Abhängigen erleidet auch ihr „Aktionsprogramm“ das Schicksal aller Halbheiten, niemanden zu befriedigen, weil sie es mit niemand verderben wollen.

Die Sowjet-Regierung für eine Revision des Friedensvertrags von Brest-Litowsk.

Nach einer Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten am 22. Mai dem deutschen Votschafter Grafen Mirbach eine Note überreicht, in welcher es Moskau als Sitz des Sonderausschusses zur Regelung einiger sich aus dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk ergebender Punkte und folgende Fragen als Verhandlungsgegenstände vorschlägt:

1. die Lage im Kaukasus,
2. die Lage in der Arim,
3. die im Artikel drei des Friedensvertrages vorbehaltene Grenzfürung und die Fragen des zeitweiligen Besetzungsbereichs Deutschlands,
4. die politische Lage Estlands und Livlands,
5. Kriegsgefangenenfragen,
6. Grundfragen der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland.

Der russische Votschafter in Berlin, Joffe, hat, wie der Berliner Mitarbeiter des Neuen Wiener Journals erfährt, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Dr. v. Kühlmann, eine Note überreicht, in der es heißt:

„Indem ich den Empfang der Note Ew. Erzellenz und der ihr beigelegten Anlagen bestätige, die die Erklärungen der Vertreter der estnischen und livländischen Ritterschaft über die Unabhängigkeit Estlands und Livlands enthalten, beehre ich mich, Ew. Erzellenz mitzutellen, daß ich nicht in der Lage war, von den bei mir erschienenen drei Vertretern der estnischen und livländischen Ritterschaft das Schriftstück anzunehmen, das beantragte, eine Unabhängigkeitserklärung Estlands und Livlands darzustellen, da ich vermeiden mußte, daß seine Entgegennahme als eine Anerkennung einer solchen Unabhängigkeit durch die Regierung der russischen Sozialistischen Föderativen Sowjet-Republik ausgelegt werden könnte. Indessen beehre ich mich, schon in meiner Note Nr. 6 vom 21. April in voller Übereinstimmung mit dem Brest-Litowsk-Friedensvertrag im Namen meiner Regierung entschieden Einspruch dagegen zu erheben, daß eine Entscheidung über das Schicksal Estlands und Livlands auf irgendwelchem Wege ohne ein vorhergehendes Einvernehmen mit der Arbeiter- und Bauernregierung der russischen Regierung angebahnt werden solle.“

Daran habe ich den Hinweis geknüpft, daß meine Regierung, die jedem Volke das uneingeschränkte Recht zur freien Selbstbestimmung zuerkennt, niemals die Entscheidung einer kleinen Gruppe von Personen als eine Willensäußerung des ganzen Volkes anerkennen würde. Das von mir in dieser Note Auseinandergesetzte kann ich jetzt nur dahin ergänzen, daß die Vertreter der estnischen und livländischen Ritterschaft, die mir das Schriftstück unterbreitet haben, durchaus nicht das Recht geltend machen konnten, im Namen des ganzen estnischen und livländischen Volkes zu sprechen, was ich im Nachstehenden mit einigen Gründen belege.

Erstens haben sogar einige Mitglieder der estnisch-livländischen Delegation, die sich nach Berlin begab, die formelle Erklärung abgegeben, daß sie sich nicht für berechtigt hielten, im Namen ihres Volkes zu sprechen, da sie von niemand erwählt, vielmehr von den Behörden ernannt worden seien.

Zweitens: Aus der Gesamtzahl von 21 Gemeindefürsten, die in dem am 12. April 1918 in Riga zusammengetretenen Landesrat die bäuerliche Bevölkerung vertraten, haben 18 die offizielle Erklärung abgegeben, daß sie nicht beauftragt sind, im Namen des estnischen Volkes zu sprechen, und haben feierlich Verwahrung gegen ein solches Verfahren bei der Entscheidung über das Schicksal ihres Landes eingelegt.

Drittens: Tausende von Bürgern haben in livländischen und estnischen Bezirken von Estland und Livland offenen Einspruch gegen die künstliche und erzwungene Lösung dieser Gebiete von Rußland erhoben.

Daher kann das mir von Ew. Erzellenz überlassene Schriftstück nur als Willensäußerung eines kleinen Teils der Bevölkerung von Estland und Livland, und zwar höchstens der Oberschichten der Ritterschaft, angesehen werden.“

Der Klassenkampf im russischen Dorf.

Von A. Stein.

Bei der Betrachtung der sozialen Umgestaltung, die sich unter der äußeren Form der Sowjet-Organisation in Rußland vollzieht, bleibt in der westeuropäischen Presse ein Faktor fast völlig im Dunkel, der

die eigentliche Grundlage und das Rückgrat der ganzen Umgestaltung bildet, — das russische Dorf. Sichtbar erscheint hier nur die revolutionäre Rolle des städtischen Proletariats, das in seinen Händen die politische Macht konzentriert und darauf ausgeht, alle Zweige der Verwaltung und der Wirtschaft nach seinem Willen umzugestalten. Von den Verhältnissen auf dem flachen Lande, das jetzt infolge Abtrennung industriereicher Randgebiete und Reichsteile eine noch größere Bedeutung als bisher erlangt hat, weiß man nur sehr wenig. Die Tatsache, daß die „Sozialisierung“ des Grund und Bodens dekretiert worden ist und daß überall in den Dörfern „Sowjets“, d. h. Räte der Bauernbelegierten, nach dem Muster der städtischen Arbeiter- und Soldatenräte gebildet werden, gibt noch keinen Aufschluß über den wirklichen Inhalt der sozialen Umwälzung auf dem flachen Lande.

Einen gewissen Einblick in diese Verhältnisse geben die neuesten Veröffentlichungen in der bolsche-wistischen Presse, die sich mit diesem Kernproblem der russischen Revolution befassen. In seiner program-matischen Rede in der Sitzung des Moskauer Arbeiter- und Bauernrates vom 23. April äußerte sich Genosse Lenin über diesen Punkt folgendermaßen:

„Wir haben einen äußerst gefährlichen Feind gefährlicher als viele offene Konterrevolutionäre. Dieser Feind ist die spontane Bewegung des kleinen Eigentümers, der nur des Gedankens voll ist: „Nimm, was du kriegst und kümmer dich um nichts weiter!“ Dieser Feind ist stärker als alle Kornilows, Dutows und Kaledins zusammenge-nommen. Diese kleinen Dorfwucherer, Hofbesitzer, Eigentümer sagen: „Wir wurden immer unterdrückt und geknechtet, weshalb sollen wir also einen so günstigen Augenblick verjäumen!“ Diese Erscheinung bietet eine ernste Gefahr, ohne deren Ueberwindung ein Sieg undenkbar ist, denn aus jedem habgierigen Zusammenraffer wächst ein neuer Kornilow empor. . . Wir haben das kleinbürgerliche Element nicht besiegt. Die Lage des zerstörten, erschöpften Landes, das durch den Gang der Geschichte als erstes auf den Schauplatz der Weltrevolution gestellt worden ist, ist äußerst schwer und wir werden zertreten, wenn wir dem Zerfall, der Desorganisation und der Verzweiflung nicht die elerne Diktatur der klassenbewußten Arbeiter gegen überstellen.“

Zu ähnlichen Ergebnissen wie Lenin gelangt Genosse L. Sosnowski, der in einer Artikelserie in der „Pravda“ die sozialen Verhältnisse auf dem flachen Lande untersucht. „Sch fürchte“ — bemerkt er einleitend —, „wir begehen einen großen Fehler, wenn wir an den sozialistischen Aufbau mit der falschen Vorstellung schreiben, daß auf unserer strategischen Karte an Stelle der Bourgeoisie nur ein leerer Fleck sich befindet. Nein, der Bourgeoisie lebt in Gestalt der dörflichen Bourgeoisie. Ihr gegenüber ist die Sturmarbeit der Vernichtung ihrer sozialpolitischen Macht noch nicht vollbracht und deshalb ist jeder weitere Plan des sozialistischen Aufbaues unrichtig, wenn dieser Umstand nicht in Rechnung gestellt wird.“ Die obere Schicht der dörflichen Bourgeoisie, vertreten durch den Kulak (Dorfwucherer), den Helden der ursprünglichen Akkumulation, wird zwar allmählich zurückgedrängt. Aber weit zahlreicher, mächtiger und gefährlicher ist die Schicht der mittleren Dorfbourgeoisie die während des Krieges und der Revolution wirtschaftlich erstarkt ist. Diese aus mittleren und kleinen Besitzern bestehende Schicht hat während der Revolution die Gelegenheit wahrgenommen, ihren Grundbesitz „abzuräumen“, alle Lasten von sich abzuwälzen und die Lebensmittelnot in den Städten in ihrem Interesse auszunutzen. In enger Verbindung mit der oberen Schicht der Dorfbourgeoisie erklärte der mittlere bäuerliche Besitzer alle Nachpostitionen des Großgrundbesitzes, indem er zugleich die schwächeren Elemente des Dorfes zurückdrängte oder zerrüt. Er profitierte am meisten bei der Aufteilung des privaten Großgrundbesitzes, der Waldungen, Apanagen und Domänenländereien usw. Er riß alle Zweige der ländlichen Selbstverwaltung an sich, bestimmte die Haltung der ihm am nächsten stehenden dörflichen „Intelligenz“ und richtete seine ganze Politik darauf ein, ohne Risiko und persönliche Gefahr ein Maximum an realen Vorteilen zu ergattern. Deshalb unterstützte er jede Partei, die ihm ein Mehr an wirtschaftlichen und politischen Vorteilen versprach. Er nahm aber sofort eine ablehnende oder gar feindliche Haltung ein, sobald sein Besitz oder sein Einkommen im Interesse des Staates oder der halbproletarischen und proletarischen Elemente des Dorfes geschmälert werden sollte.

Genosse Sosnowski konstatiert schon jetzt eine tiefgehende politische und taktische Differenz zwischen

dem Proletariat und seinem bisherigen Beggenossen, der dörflichen Kleinbourgeoisie. Die Macht des Großgrundbesitzes ist wirtschaftlich und politisch vernichtet. Isoliert und zu Niederlagen verurteilt ist die dörfliche Bourgeoisie. Nicht geschlagen, aber stark geschwächt ist die obere Schicht der Dorfbourgeoisie. In der sogenannten „werkstätigen Bauernschaft“ jedoch, der bisherigen Verbündeten des Proletariats, macht sich sehr deutlich die Massenscheidung zwischen den bürgerlichen und proletarischen Elementen bemerkbar, und immer härter zeichnen sich hier die Umrisse eines heftigen Klassenkampfes ab.

Zwei Momente kommen hier nach Ansicht von Sosnowski vor allem in Betracht. Erstens die Tatsache, daß das dörfliche Proletariat sich noch nicht herauskristallisiert und organisiert hat. Zweitens der Umstand, daß die dörfliche Kleinbourgeoisie mit der Großbourgeoisie eng verbunden ist, zahlreiche gemeinsame Interessen mit ihr hat und deshalb un-fähig ist, einen entschiedenen Kampf gegen sie zu führen. Das dokumentiert sich deutlich in der Wirtschaftspolitik der dörflichen „Sowjets“. Gegen die dörfliche Bourgeoisie gehen die Bauernräte erbarmungslos vor. Keine „Kontribution“ gilt ihnen gegenüber der Stadtbourgeoisie als zu hoch, und mitunter müssen die Arbeiter gegen derartige Vorschläge einschreiten, um die Industrie nicht völlig zugrunde richten zu lassen. Ist es aber, zur Deckung der für ökonomische Zwecke nötigen Mittel nicht nur den städtischen, sondern auch den ländlichen Besitz heranzuziehen, so gehen die dörflichen „Sowjets“ mit der größten Nachgiebigkeit und Passivität vor.

Noch deutlicher tritt die soziale Rückständigkeit und der Klassenegoismus der Bauernschaft in der Verpflegungsfrage hervor. Während die städtischen und ländlichen Proletarier hungern, verfügen die bestehenden Schichten des Dorfes über Nahrungsmittelvorräte. Das Getreide wird aber trotz aller Rationen nicht abgeliefert, sondern in großen Mengen an Schleihändler verkauft oder für das geheimer Brennen von Branntwein, der zu hohen Preisen verkauft wird, verwandt. Die „Sowjets“ in den Dörfern und Landbezirken verhalten sich in den meisten Fällen diesen Mißständen gegenüber völlig passiv. Nur wo — wie z. B. in einem Kreis des Gouv. Samara — die proletarischen Organisationen einen härteren Einfluß haben, wird das gesamte Getreide gesammelt und zu gleichen Teilen unter die Bevölkerung verteilt. „Solche Ortschaften — bemerkt hierzu Sosnowski — bilden aber nur vereinzelte Oasen inmitten der allgemeinen Herrschaft der Dorfwucherer, deren Macht auch während der halbjährigen Herrschaft der „Sowjets“ nicht gebrochen worden ist.“ Die Folge ist, daß die Abgesandten der Verpflegungskomitee bei der Aufbringung des Getreides in den Dörfern immer häufiger bewaffnete Angriffe seitens der Bauern abwehren müssen. In den betreffenden Ortschaften befinden sich auch die „Sowjets“ völlig in den Händen der konterrevolutionären dörflichen Bourgeoisie.

„Es wäre verbrecherisch und schädlich für das Werk der Revolution“ — so sagt Genosse Sosnowski seine Untersuchung zusammen —, „wenn wir die Tatsache verschwiegen wollten, daß die dörflichen „Sowjets“ in sehr, sehr vielen Bezirken eine Waffe der bürgerlichen Reaktion bilden und einer ernstlichen Säuberung bedürfen. Verbrecherisch wäre es auch, zu verschweigen, daß innerhalb der „Sowjets“ die Klassengegensätze immer deutlicher in die Erscheinung treten.“

Oft nehmen diese Gegensätze den Charakter heftiger Zusammenstöße an. Und je organisierter und revolutionärer das ländliche Proletariat in den betreffenden Ortschaften ist, desto härter treten seine Konflikte mit den Besitzern hervor.“

Am deutlichsten treten diese Konflikte und Klassengegensätze naturgemäß bei der Durchführung der Agrarreform zu Tage. Doch die Erörterung dieser Frage erfordert eine gesonderte Untersuchung.

Grünwald, der Regierungskommissar.

Als nach sehr langen und schwierigen Verhandlungen der Friede mit Rumänien endlich abgeschlossen wurde, herrschte in der deutschen Presse allgemein die Meinung vor, daß von einem Verhandlungsfrieden nicht die Rede sein könne. Selbst nationalliberale Blätter wie die Magd. Zig. u. a. gaben zu, daß im Frieden von Bukarest die Sieger einem besiegten Lande harte Bedingungen auferlegten. Die Tatsache lag so klar vor Augen, daß auch die Presse der Scheidemannier zum großen Teil lange Zeit einigermaßen betreten war und einer kritischen Besprechung tapfer auswich. Der „Vorwärts“ stellte philosophische Betrachtungen an, in der Provinz aber warierte man

we üblich darauf, daß von der „hohen Obrigkeit“ die entsprechende Weisung kommen würde. Aber sie blieb nicht nur aus; im Gegenteil, die Regierungssozialisten halfen im Reichstag im Bunde mit den anderen Regierungstrabanten einen unabhängigen Antrag auf sofortige Besprechung der brennenden Fragen im Plenum niederzuschreiben, dessen Annahme die beste Gelegenheit auch zur Würdigung des Friedensschlusses mit Rumänien gegeben hätte. Vermutlich waren bis dahin die Verschüchternungsrate der alten Fraktion mit den Unzufriedenen noch nicht fertig geworden. Deshalb mußte man sich diese Blöße geben und eine Debatte veranstalten, deren Notwendigkeit gerade Herr Scheidemann im Ausschuss so energisch betont hatte. Die abhängigen „Helden“ belamen wie der einmal „Kugeln vor ihrer eigenen Kurage“ und machen deshalb die Versöhnungspolitik gerne mit.

Jetzt endlich hat man im Lager der Scheidemannier die Sprache wiedergefunden. In ihrer Nummer vom 17. Mai bringt die „Neue Zeit“ einen Artikel über den Frieden mit Rumänien aus der Feder von Max Grunwald. Wenn man den Artikel liest — kritisch braucht man's gar nicht zu tun —, ist man einigermaßen erstaunt, ihn in einer Zeitschrift zu finden, die sich „Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie“ nennt. Nicht die Spur von sozialistischer Kritik ist daran zu entdecken, nicht der Versuch einer Prüfung des Friedensschlusses vom sozialistischen Standpunkt aus. Unwillkürlich kommt man auf den Gedanken, daß der Verfasser irgend ein Geheime des Ministers von Kühlmann sein müßte, dem daran liegt, das Werk der diplomatischen Kunst seines Vorgängers möglichst hoch gewertet zu sehen, vielleicht dem deutschen Volke eine bessere Meinung beizubringen, wie sie dieser Friede verdient. Kühlmann hat ja überhaupt seine Mühe im wesentlichen daran wenden müssen, die zum Teil gegensätzlichen Forderungen von Oesterreich, Bulgarien und der Türkei auszugleichen, und das ist ihm noch nicht einmal restlos gelungen, wie die Aussetzung der Entscheidung über die Norddobrudschica zeigt. Die Regierung wird sich überlegen müssen, ob sie für diese unglaubliche Leistung von „sozialdemokratischer“ Unterstützung ihrer militärischen Kriegs- und Friedensschlußpolitik Herrn Grunwald nicht irgend eine Anerkennung oder wenigstens dem Verlag der „Neuen Zeit“ eine Bezahlung der Restamveröffentlichung zukommen lassen will.

Grunwald sagt einleitend, „der Inhalt des Friedens mit Rumänien muß nüchtern und sachlich betrachtet werden“. Nach diesem Rezept hat er dann in der Tat auch gründlich gearbeitet. So „nüchtern und sachlich“, daß er, dessen Zeitmotiv nichts anderes als die nationalen Interessen Deutschlands sind, für den überhaupt nichts anderes zu existieren scheint, den Gewaltfrieden von „einem höheren internationalen Standpunkt“ aus folgendermaßen rechtfertigt:

„Aber auch von einem höheren internationalen Standpunkt aus muß man billigerweise zugedenken, daß kein Land willkürlicher und verbredlicher ohne Zwang in diesen Weltkrieg hineingegangen ist als Rumänien. Es war deshalb vom Standpunkt der reicheren Mittelmächte eine politische Selbstverständlichkeit, daß die Sieger aus dieser Tatsache Folgerungen zogen und sich vor einer Wiederholung eines Ueberalles in der Zukunft nach Möglichkeit zu schützen suchten.“

Ein wirtschaftlich „höherer internationaler Standpunkt“ in der Zeit!

Wenn er auf die wirtschaftlichen Abmachungen kommt, ist Grunwald ebenso „nüchtern und sachlich“, namentlich an der Stelle, wo er meint, Rumänien sei „die einzige Kornammer Mittel europas geworden“ und der Getreidelieferungsvertrag sowie das Erdölabkommen „bedeuteten zweifellos ein im Augenblick noch unübersehbare ökonomische und damit auch politische Stärkung Deutschlands“. Die alte Leiter wird uns hier wieder vorgespielt, ein modernes Cäsar-Popaea vom Himmel. Wie man den Ukrainefrieden als Brotfrieden schmachtlich machen wollte und von den Versprechungen, Ausfichten und Hoffnungen bis zur Stunde nichts eingetroffen ist, so versucht der „Sozialdemokrat“ Grunwald von neuem mit Rumänien. Wenn wir ihm glauben, sieht uns Getreide und Petroleum in Hülle und Fülle zur Verfügung, in Mengen, die so groß, daß sie unübersehbar sind. Aber er baut doch schließlich nur Luftschlösser, denn er muß selbst zugeben, daß das Getreide sehr teuer sein wird und daß der Kornlieferungsvertrag noch gar nicht öffentlich vorliegt. Da fragt man sich doch, woher Grunwald seine Wissenschaft überhaupt hat, die ihn ermuntert, Dinge als Gewissheiten zu erzählen, von deren wirklicher Gestaltung er gänzlich weiß und von denen er nur auf die Weise erfahren haben kann, daß ihm irgend ein Regierungsrat trübselige Informationen gegeben hat. Das nimmt der „Sozialdemokrat“ einfach als bare Münze, wo es doch nach den Erfahrungen mit Rumänien, vor allem aber nach den ukrainischen Enttäuschungen so nahe liegt, zumindest ein wenig Misstrauen zu haben.

Grunwald spricht, wenn er die Einzelheiten des Friedensvertrages betrachtet, andauernd vom „Nacht zuwags Deutschlands“ wie ein Imperialist. Die Alldeutschen werden daran ihre heile Freude haben, das ist gewiß. Aber die deutschen Arbeiter werden sicher den Kopf schütteln, wenn ihnen Grunwald zumutet, den Inhalt des nachstehenden Satzes als sozialistische Erkenntnis hinzunehmen:

„Die deutsche Arbeiterklasse, die an den Maschinen der Industrie und Landwirtschaft, und die deutschen Marine- und Heeresangehörigen, die an der Front und auf der See und unter ihr ihre Pflicht tun, wären ohne die Produkte der rumänischen Erdölindustrie brotlos, beziehungsweise ein Spielball unserer Feinde geworden.“

Rum meint man, müßte auch ein unabhängiger Sozialdemokrat selbstverständlich zur Ablehnung dieses Friedensschlusses kommen, der doch schließlich mit der berühmten Reichstagsentscheidung in großem Widerspruch siehe. Zentrum und Fortschrittler haben die Juli-Resolution zwar längst zum alten Eisen geworfen. Nur Dr. David macht noch andauernd Wiederbelebungsvorläufe an dem Leichnam. Max Grunwald aber scheint zu den bürgerlichen Blodgenossen zu halten, die ins Vauer der Annerionisten abgeschwenkt sind und die Schilde männer allein auf weiter Flur gelassen haben. Ja, das bringt Grunwald schließlich fertig, der Scheidemann-Fraktion vorzuschlagen, den Rumänen Frieden gutzuheißen, denn „es liegt für die sozialistische Politik kein sachlicher Grund vor, ihm nicht zuzustimmen.“

Für Grunwald sind, wie wir schon an Beispielen gezeigt haben, in der Hauptsache mit die militärischen Gründe ausschlaggebend. Und zum Schluß, wenn er die Bilanz zieht, betont er noch einmal ausdrücklich, „alles in allem bedeutet der Friede mit Rumänien in ökonomischer Hinsicht für die deutsche Volkswirtschaft eine außerordentlich große Erleichterung für die Zukunft und eine starke Unterstützung für die innere und äußere Kriegsführung in der Gegenwart.“

Soweit ist man also vom geraden Wege abgekommen dort, wo Herr Grunwald steht. Dort pflegt man heute nicht nur auf sozialistische Grundätze, an denen gemessen das Abkommen von Bukarest glatt abzulehnen ist. Dort pflegt man jetzt sogar auf jene Friedensschluß-Richtlinien des Blodes, von denen man einstens so viel Aufhebens gemacht hat, als ob sie überhaupt ein ernsthafter Versuch gewesen wären, der den alldeutschen Gewaltpolitikern den Wind aus den Segeln nehmen könnte. Daß jene Sozialisten heute Arm in Arm mit den Alldeutschen marschieren, alles, aber auch alles unter dem Gesichtswinkel betrachten was Deutschlands Kriegsführung dabei gewinnt, daß man nicht einmal jene Grundätze mehr vertritt, deren Einhaltung vor wenigen Monaten von den bürgerlichen Parteien verlangt worden war, das ist ein Zeichen beispielloser politischer Entartung.

Daß der Sozialist Grunwald fast mit beiden Beinen im Lager der Annerionisten steht, das wußte man längst, denn er weiterte ja bisher schon mit Haenisch und Binnig in nationalsozialistischer Propaganda. Wie sich diese Leute aber noch verlegt fühlen können, wenn wir sie Regierungsozialisten nennen, wo sie doch mit der Regierung und ihrer Politik alles, mit dem internationalen proletarischen Sozialismus aber gar nichts mehr gemein haben, das bleibt uns auch heute noch verwunderlich.

Die ungarische Enttäuschung.

Von J. Varga - Budapest.

Die Welle der russischen Revolution hatte auch in Ungarn einen etwas freieren Kurs herbeigeführt. Der seit zwei Jahrzehnten währende Kampf der ungarischen Arbeiter um das allgemeine Wahlrecht schien endlich zu einem Ergebnis zu gelangen. Das reaktionäre Ministerium Tisza, das zugleich die unbedingte Unterstützung alldeutscher imperialistischer Absichten bedeutete, mußte unter dem Druck einer großen Arbeiterbewegung einer neuen Regierung Platz machen, die ausdrücklich zur Unterstützung der Wahlreform im Juni vorigen Jahres eingesetzt wurde. Die neue Regierung war eine Minderheitsregierung. Es hieß, sie werde, im Falle die reaktionäre Tisza-Partei ihre Zustimmung zur Wahlreform verweigerte, das Parlament auflösen und sich durch Neuwahlen die Majorität im Parlament sichern. Die sozialdemokratische Partei hatte mit den die Regierung unterstützenden Minderheitspartien ein Abkommen geschlossen, das das Mindestmaß der Wahlrechtserweiterung enthielt, das die Arbeiterklasse annehmen geneigt sei. Auch galt es als selbstverständlich, daß die Regierung vor allem andern die Wahlreform durchzuführen habe.

Die ungarländische sozialdemokratische Partei geriet auf diese Weise in eine ganz eigenartige Lage. Ohne parlamentarische Vertretung, ohne Anteil an der Regierungsmacht mußte sie die Minderheitsregierung gegen die reaktionäre Mehrheit in ihrer Presse unterstützen. Dieser Zustand wäre für eine kurze Spanne Zeit erträglich gewesen. Auf die Dauer ergaben sich ganz unhaltbare Situationen. Die von der Arbeiterklasse unterstützte Welsky-Regierung war eine rein bürgerliche Regierung. Ihre auswärtige Politik, soweit in Ungarn von einer auswärtigen Politik der Regierung überhaupt die Rede sein kann, war die des Aushaltens bis zum endgültigen Sieg.

Die Ernährung der Arbeiter wurde von Monat zu Monat schlechter. Was die Vereins- und Versammlungsfreiheit anbelangt, brachte der Regierungswechsel einige Erleichterung, die von der Arbeiterklasse zum Ausbau der gewerkschaftlichen Organisationen mit gutem Erfolg ausgenutzt wurde. Die Zahl der organisierten Arbeiter vermehrte sich im Laufe des Jahres 1917 von 53 000 auf 215 000!

In dessen, die Organisationsfreiheit galt nur so lange, als die Gewerkschaften sich von jeder der bürgerlichen Regierung unangenehmen Meinungsäußerung in bezug auf Krieg und Frieden enthielten.

Es ergab sich so auf die Dauer ein Zwiespalt in die Reihe der Arbeiter. Um die das Wahlrecht verheißende Regierung nicht zu stürzen, sollten Ernährungsnotlagen, Zensur, Imperialismus, Verfolgungen und Verhaftungen ruhig hingenommen wer-

den! Dies war um so schwerer zu ertragen, als es sich allmählich langsam herausstellte, daß die Regierung und der Wiener Hof es mit der Wahlreform durchaus nicht eilig haben. Monat um Monat verstrich ohne Ergebnis. Mit gemessener Langsamkeit wurde die Vorlage fertiggestellt. Monate vergingen, bis sie im Wahlrechtsausschuss zur Beratung gelangte. Die bürgerlichen Parteien, und nicht in letzter Reihe die Regierung, zogen die Sache hin, um hierdurch die Arbeiterklasse von schärferen Massenaaktionen fernzuhalten. Die Bolschewiki-Revolution vermehrte die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse mit dieser Politik: die Unzufriedenheit machte sich in dem an den österreichischen Generalkrieg anschließenden allgemeinen Streik der ungarischen Arbeiterklasse Luft, der durch die bekannnten Erklärungen des Grafen Czernin und der neuerlichen feierlichen Versprechung der schleunigen Durchführung der Wahlreform nur schwer beendet werden konnte. Große Teile der Arbeiterklasse wollten die Arbeit auf diese Versprechungen hin nicht wieder aufnehmen. Die Parteileitung gab ihre Demission.

Ein Mitte Februar abgehaltener außerordentlicher Parteitag wählte zwar die Parteileitung einstimmig wieder; aber die Stimmung des Parteitages war gegen die bisher befolgte Politik. Scharfe Reden wurden gegen die Regierung wegen der reaktionären Handhabung der Zensur und der Verschleppung der Wahlreform laut. Dabei blieb es jedoch. Die opportunistische Taktik wurde fortgesetzt.

Der Zusammenbruch des deutschen Streikes und die Niederlage der Bolschewiki gab dem freibürgerlichen Kurs den Rest. Die Reaktion wurde immer offener. Die Versammlungszeitung wurde neuerdings eingeschränkt, die Organisation der Privatbeamten aufgelöst. Die Organisations-Versammlungen der städtischen und Staatsbeamten immer wieder mit Gewalt auseinandergejagt, die Führer gemahregelt, eine Bewegung der Metallarbeiter in den Munitionsfabriken für den Achtstundentag mit Einwilligung der Regierung und der militärischen Behörden durch eine allgemeine Aussperrung vereitelt. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen wiederholten sich in rascher Folge. Der König verweigerte der Regierung die Ermächtigung zur Auflösung des Parlaments; die Regierung, welche zur Durchführung der Wahlreform gebildet wurde, in der aber die Gegner der radikalen Reform in der Mehrheit waren, gab ihre Demission. Die Ernennung Burian's, der nichts anderes als ein Strohhalm Tisza's ist, zeigt die Rückkehr zum alten reaktionären Kurs.

Für die Führer der ungarischen sozialdemokratischen Partei ist dies eine schwere Enttäuschung. Die Politik des Zusammengehens mit den bürgerlichen, angeblich fortschrittlichen Elementen hat sich wieder einmal als unrichtig erwiesen! Diese sind nur solange fortschrittlich, als der Druck der Arbeiterklasse von außen oder von innen andauert. Der Fehler der Politik der ungarischen Partei war, zu viel Vertrauen in einzelne bekanntere bürgerliche Politiker gesetzt zu haben. Nun ist die Lage wenigstens geklärt. Welsky, der ursprünglich die Regierung mit dem Programm der sofortigen Durchführung der vereinbarten Wahlreform übernahm, führte nunmehr die Regierung an der Spitze eines Ministeriums weiter, an dem kein exponierter Wahlrechtstreu mehr teilnimmt. Der unerträgliche Zwiespalt der halboppositionellen Politik, welche die Arbeiter und teilweise anarchistischen Strömungen zugänglich gemacht hat, hört auf. Ein offener ehrlicher Kampf beginnt. Freilich, die Entscheidung über den Ausgang wird nicht in Ungarn, sondern in der äußeren Politik fallen.

Ein Minderstreik.

Wir lesen in der „Bergischen Arbeiterstimme“ (Solingen):

Der Hauptgeschäftsführer der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, Professor Dr. Blaschko (Berlin) hat eine sein Sondergebiet beherrschende Schrift verfaßt, die auch, mit Zustimmung und Förderung der Militärbehörde, unter den Soldaten verbreitet worden ist. Ein Kapitel dieser Schrift behandelt die Frage: „Wie schützt man sich vor Geschlechtskrankheiten?“ Darin heißt es, daß der beste Schutz eine frühzeitige Heirat sei. Leider aber seien die wirtschaftlichen Verhältnisse derart, daß nur die wenigsten Menschen zur Zeit ihrer Geschlechtsreife einen eigenen Haushalt gründen und eine eigene Familie ernähren könnten. Was nun die anderen tun sollten? Die weitverbreitete Ansicht, die Gesundheit erfordere alle paar Wochen die Ausübung des Weichsafs, ist falsch. Junge Leute vor dem 20. Lebensjahre könnten ihre sinnlichen Triebe ohne Schaden für ihre Gesundheit unterdrücken; außerehelicher Geschlechtsverkehr vor dieser Zeit lasse sich daher auf keine Weise rechtfertigen. Aber auch in späterer Zeit lasse sich durch Bewegung im Freien, Mäßigkeit im Essen und im Trinken, insbesondere im Alkoholgenuß, Neidung schlechter, erregender Schriften usw. der Geschlechtstrieb in vernünftigen Schranken halten.

Nun ist Blaschko allerdings der Meinung, diese Befehrs- und Mahnung könne die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß es immerhin noch viele gibt, die ihrem mehr oder weniger stark entwickelten Geschlechtstrieb nicht zu widerstehen vermögen, die deshalb vor- und außerehelich Geschlechtsverkehr üben — wozu dann noch Anreizungen und Verführungen aller Art (ungünstige Wohnverhältnisse, Zusammenarbeiten von Jugendlichen bei Geschäften usw.) kommen. Das sind Tatsachen, bemerkt Blaschko mit Recht, denen Keuschheitspredigten ohnmächtig gegenüberstehen. Und um auch diesen Tatsachen gerecht zu werden, um die Schädigen-

gen, die durch den außerehelichen Verkehr entstehen, möglichst einzuschränken, gibt Blaschke für den Fall des Beischlafs einige praktische Winke zum Schutz gegen Ansteckung, wobei er — um ja nicht das Gefühl der Sicherheit auskommen zu lassen und damit irgendeinem den Weg zur Prostituierten zu erleichtern — wiederholt betont, daß es ganz sichere Mittel gegen die Ansteckung nicht gebe und jeder, der mit einer Prostituierten oder leichtsinnigen Person verkehre, der Möglichkeit einer Ansteckung ausgelegt sei.

In Blaschke vereinigt sich der Mann der Wissenschaft mit dem der Praxis. Er ist der Arzt, wie er sein soll. Kundig im Erkennen und Behandeln der Geschlechtskrankheiten, ist er darüber hinaus ihren sozialen Ursachen und Wirkungen nachgegangen, hat er — mit dem Wesen des Menschen und der Gesellschaft rechnend — die mannigfaltigen Mittel und Wege ergründet, die zu ihrer Eindämmung führen können. Alles das hat er dann in Vorträgen und Veröffentlichungen, vor allem aber organisatorisch durch die Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten nutzbar gemacht; und er hat der Gesetzgebung und Verwaltung, der Öffentlichkeit wie dem einzelnen das Gewissen geschärft gegenüber den Gefahren und Schäden, die diese Geißel der Menschheit im Gefolge hat. Und wenn die Schriften eines solchen Mannes im Heere verbreitet werden, so sollte das mit Rücksicht darauf, daß der Krieg diese Gefahren und Schäden, wie jedermann weiß, verdoppelt und verdreifacht, als ein besonderes löbliches Unternehmen begrüßt werden.

Leider aber gibt es im Deutschen Reiche Leute, die es nicht vertragen können, daß man gewisse Dinge beim rechten Namen nennt und beim rechten Ende angreift; die es nicht gern hören, daß es Uebel gibt, gegen die man beim besten Willen mit Zureden und Moralpredigten ebensowenig auskommt, wie mit Verwünschungen und Strafanrohungen. Es sind das Leute, die den Grund aller Uebel in dem Abfall von der Sittlichkeit, wie sie sie auffassen, in dem Mangel an der richtigen Religion erblicken, deren Ach und Weh auch nur aus einem Grunde zu kurieren ist: mit Mahnungen zur Keuschheit, Sittlichkeit und Frömmigkeit. Unter der Firma: „Bund für deutsche Familie und Volkskraft“ hat sich ein reichliches Hundert von Vereinen mit einer Eingabe an den Reichskanzler gewendet, um ihn zum Eingreifen gegen die oben erwähnte Schrift Blaschke zu bewegen. Sehen wir uns zunächst die Unterzeichner ein wenig näher an. An der Spitze stehen die hohen kirchlichen Behörden der beiden christlichen Bekenntnisse; sodann kommen Sittlichkeitsvereine, Männer-, Jünglings- und Arbeitervereine, Frauen-, Mütter- und Jungfrauenvereine, Lehrervereine, Abstinenzvereine, dazu einige wenige Vereine deutsch-völkischer Richtung — alle bis auf die letztgenannten unter kirchlich-konfessionellem Schutz stehend.

Und was haben diese Leute gegen Blaschke Schrift einzuwenden? Nichts mehr und nichts weniger, als daß diese Schrift geeignet ist, die Verbreitung der Geschlechtskrankheit zu verstärken. Den Beweis machen sich die Ankläger sehr leicht: Verheerend haben in diesem Kriege unter den Soldaten wie unter den Familien in der Heimat die Geschlechtskrankheiten um sich gegriffen. Das Unglück hat seinen Ursprung in einer Verderbnis der Grundanschauungen, vornehmlich in der Entfremdung des Volkes von sittlich-religiösen Ideen. Diese wird genährt durch Verbreitung verwerflicher Schriften, die geeignet sind, die Krankheit zu mehren. Als eine solche Schrift gilt dem Bunde die Schrift von Dr. Blaschke, die „über-einstimmend von den Mitgliedern des Bundesausschusses als eine — wenn auch nicht beabsichtigte — Anleitung zur Hurerei bezeichnet werden mußte“.

Blaschke versteht also erstens nichts von seiner Sache. Er gibt Ratschläge, wie man sich vor Geschlechtskrankheiten schützt — und er muß sich von einem hohen und niederen Klerus beider christlichen Bekenntnisse lassen lassen, daß seine Ratschläge der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten dienen. Aber er ist nicht nur ein auf seinem Gebiet unwissender und unfähiger, er ist auch ein schlechter Mensch. Er wirkt allgemein an der „Entfremdung des Volkes von religiös-sittlichen Ideen“, und sodann, nach übereinstimmendem Urteil geistlicher Gönner evangelischer und katholischer Sittlichkeits- und Nützlichkeitsvereine, im besonderen an der „Anleitung zur Hurerei“. Man versteht, daß ein solcher Mann unschädlich gemacht werden muß, weshalb die Entrüsten des Deutschen Familien- und Volkstrastbundes den Reichskanzler ersuchen, „dem mit der Verbreitung solcher Schriften angerichteten Elend zu steuern, insbesondere darauf zu dringen, daß die bezeichnete Schrift im Heere verboten, daß ferner Offizieren und Mannschaften ein sittenreiner Lebenswandel zur strengsten Pflicht gemacht und Zuwiderhandlungen mit Ehrenstrafen bedroht werde“.

So ist's recht: Jammerlieder über die schlimme Zeit, Moralpredigten und Bangemachen mit irdischen und ewigen Strafen! Und das gegenüber einem Triebe, der, wie wir nun einmal sind und sein werden, nächst dem Hunger der stärkste, das Tun und Lassen wesentlich bestimmende Trieb des Menschen ist und bleibt. Und das in der Zeit eines Weltkrieges, der die Familien und Geschlechter auseinanderreißt, der Männer und Frauen aus allen Gewohnheiten und Bedürfnissen bringt und sie Eindrücken und Einflüssen aussetzt, unter denen ganz naturgemäß die leitherigen Hemmungen und Vorsätze bei Hunderttausenden wie Halme unterm Hagelschlag zusammenknicken. Wenn die Schäden des Krieges, darunter auch die gewaltig gestiegenen Zahlen der Geschlechtskrankheiten, zu Herzen gehen, der Lage den Krieg an, aus dem eben, weil er den Umsturz aller Kultur und aller Gesittung ist, nichts Gutes kommen kann und gegen dessen Uebel und Grauel deshalb auch nichts mit Moralpredigten auszurichten ist. Vollends aber ist es Torheit — es ist eine Verfündigung an der Mensch-

heit —, da, wo durch kluges und herzhaftes Eingreifen einem Uebel gesteuert werden kann, dem Manne der Wissenschaft und Erfahrung mit Rudereien, zusammengelegt aus Unkenntnis und Selbstüberhebung, in den helfenden Arm zu fallen.

Aus den Organisationen.

Reinickendorf-Df. Sonntag, den 2. Juni 1918, Familienpartie nach Hermsdorf. Treffpunkt 9 Uhr Bahnhof Schönholz. Nachzügler 1 Uhr Restaurant Kaiserhof, Hermsdorf, links vom Bahnhof. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Die Bezirksleitung.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin. Sonntag, den 2. Juni, vorm. 9 Uhr, Pappel-Allee 15/17; Neutölln, „Idealcasino“, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 48 bei O. Vamp; „Freireligiöse Vorstellung“. — Vorm. 10½ Uhr, Al. Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. G. Schmidt: „Voltaire“. — Gäste willkommen.

Quittung.

Für Parteizwecke: L. S., Berlin 2 Ml.

Achtung! Erster Kreis. Achtung!

Am Mittwoch, den 12. Juni, abends 8½ Uhr:

Zahlabend

bei Schultheß, Molkenmarkt 7, Ecke Giergasse.

In Anbetracht der äußerst wichtigen Tagesordnung wird um das bestimmte, pünktliche Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ersucht.

Der Vorstand.

Zweiter Wahlkreis. Achtung!

Am Dienstag, den 4. Juni, abends 8½ Uhr, findet im Habelschen Ausschank, Bergmannstr. 6/7, eine

Mitglieder-Versammlung

statt. — Genossin Wurm wird referieren über: „Das werktätige Volk, die Frauen und die Aufgaben unserer Zeit.“

Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Einberuferin:

Mathilde Wurm, Steglitzer Str. 45.

Pankow-Nieder Schönhausen!

Familien-Spielpartie nach Schönholzer Heide

am Sonntag, den 2. Juni, 2 Uhr mittags.

Treffpunkt: Pankow-Brücke am Bürgerpark, Pöddelstr. 10, Alte Schönholzer Straße. Gäste und Freunde willkommen.

U. S. P. D. Ortsverein Kiel.

Mitglieder-Versammlung

am Donnerstag, den 6. Juni 1918, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7.

Der Vorstand.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treuorgender Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Max Havemann

am 20. Mai im besten Alter von 89 Jahren nach schwerer mit großer Geduld ertragener Krankheit entschlafen ist.

Im tiefsten Schmerz zeigt dies im Namen aller Hinterbliebenen an

Ww. Anna Havemann geb. Richter nebst Kinder.

Neutölln, 22. Mai 1918.
Böhmischesstr. 15.

Reichsbund der Kriegsbekämpften und ehemaligen Kriegsteilnehmer. Ortsgruppe Berlin.

Nachruf!

Am 18. Mai verstarb unser Kamerad

Karl Kleinig

Koloniestr. 28

an einer Lungenentzündung.

Ehre seinem Andenken!

Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß unser innigst geliebter ältester Sohn

Hans

nach 7-jährigem Schmerzenslager infolge schwerer Verwundung am 22. Mai im Reservelazarett zu Erlangen verstorben und am 24. Mai daselbst beerdigt worden ist.

Rudolf Ziegler und Familie.

Frieda Hesse als Braut.

Koloniestr. 113.

Herzlichen Glückwunsch

unserem Genossen Willy Böhm zu seinem 26. Geburtstage.
Reinickendorf, den 2. 6. 18.

J. A. M. S. nebst Frau.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

2. Wahlkreis.

Als Opfer des Weltkrieges infolge einer Explosion fiel unser Genosse, der 26 Jahre alte Schlosser

Karl Vogelsang

Bez. 113, 6. Abt.

3. Wahlkreis.

1. Abteilung.

Arthur Behnke

ist im Westen an seinen Verwundungen verstorben.

4. Wahlkreis.

Am 25. März fiel im Alter von 40 Jahren der Bildhauer

Richard Rosemann

Boghagener Straße 20, Bezirk 888 II.

6. Wahlkreis.

Als Opfer dieses verheerlichen Weltkrieges fiel am 19. Mai 1918 unser braver Parteigenosse, der 28-jährige Former

Willy Riese

Bez. 821, Abt. 18.

Infolge schwerer Verwundung verstarb am 22. Mai nach langem Krankenzuge im Reservelazarett zu Erlangen unser Genosse, der 24-jährige Dreher

Johannes Schaub

Koloniestr. 113, 19. Abt., Bez. 829a.

Wahlverein Neukölln.

Als Opfer des Krieges fiel am 16. April 1918 unser guter Genosse

Hermann Hoffmann

Pflügerstr. 11, 3. Bez.

Berlin-Oberschöneweide.

Dem Kriege zum Opfer gefallen ist durch Tod einer unserer Weiben, im Alter von 34 Jahren, der Genosse

Georg Kaiser

Delmholzerstr. 6.

Sein Eifer, sein Pflichtbewußtsein macht ihn uns unvergessen.

Der Vorstand.

Wahlverein Charlottenburg.

3. Gruppe.

Gefallen ist am 10. Mai der Genosse

Paul Wall

Lautroggenerstr. 37.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Lichtenberg.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 21. 3. 1918 unser Genosse, der Möbelpolierer

Johannes Müller

Kreuzigerstr. 9, 4. Gruppe, 1. Viertel.

In den Tagen vom 21. bis 28. März fiel unser Genosse

Willi Höhne

Grünbergerstr. 21, 1. Viertel, 11. Gruppe.

Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

4. Wahlkreis.

Am 21. Mai verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Bernhard Koch

Bintzstr. 7, Bez. 888 II.

Am 28. Mai verstarb unsere Genossin

Hedwig Theinert

Stralauer Platz 6/7, Bez. 290.

Wahlverein Neukölln.

Am 9. Mai verstarb an Herzschlag unsere Genossin, Frau

Auguste Wolf

Prinz-Handjerystr. 66/67, 18. Bez.

Am 24. Mai verstarb unser Genosse, der Tischler

Wilhelm Heinrich

Donaustr. 12, 5. Bez.

Ehre ihrem Andenken!

Ein Appell an die lieben Arbeiter.

Im rheinisch-westfälischen Industriebezirk wird eine Broschüre verteilt, die auf Bestellung und auf Kosten des Generalkommandos vom 7. Armee-Korps hergestellt wurde. Die Broschüre heißt „Tatsachen“. Ein Wort zum Nachdenken für den deutschen Arbeiter. Ihr Umschlag ist grün, die Zeichnung läßt uns im Vordergrund eine prächtige Arbeitergestalt auf einen Zuschlaghammer gestützt, während der Hintergrund Fabriken darstellt. Die Broschüre ist von einem christlichen Arbeitersekretär entworfen, daran mitgearbeitet hat ein „freier“ Gewerkschaftssekretär und begutachtet und „verbessert“ haben sie die abhängigen Redakteure Richard Wolpert (Freie Presse, Elberfeld), und Theodor Wagner (Vergarbeitszeitung, Bochum). Als Gutachter wurden noch bestimmt: Heinrich Limberg (Arbeiterzeitung, Essen) und Hans Markwald (Niederrhein. Volkstimme, Duisburg). Das Generalkommando wollte nur hunderttausend Stück dieser Broschüre drucken lassen, hat sich aber auf Zureden verschiedener Redakteure und namenlich des Verlegers des Dortmund-Regierungssozialistischen Blattes Umbreit bereit erklärt, fünf-hundert-tausend Stück drucken zu lassen.

Um kein Unrecht zu begehen, sei festgestellt, daß Redakteur Limberg jede Beteiligung an der Herstellung der Broschüre ablehnte und auch in der Gutachterkommission ohne eigene Schuld kam, allerdings zum Schluß seiner Wahl auch nicht mehr widersprach.

Die Broschüre hat den Zweck, den Kriegswillen der Arbeiterschaft zu erhalten. Die Mittel zu die dem Zweck sind: In der Arbeiterschaft den Glauben zu verbreiten, fremde Kriegen arbeiten mit Entgegenkommen, um die Stimmung im deutschen Volk zu untergraben und zum Strik aufzuheben. Vom Ausland gekaufte deutsche Subjekte unterstützen angeblich diese Propaganda zur Durchbrechung der deutschen Front. Ferner: der Meinung entgegenzuarbeiten, als sei es gleichgültig, ob wir deutsch sind oder einer anderen Nation angehören. Weiter: die Arbeiter über den Verrat der ausländischen Arbeiter an der Internationale aufzuklären.

Die Broschüre arbeitet zur Erreichung ihres Zwecks mit folgenden Mitteln: Karte au R den Artikel von folgenden Regierungssozialisten: Hue, Noelle, Cohen, Wiffel, Janssen, Scheidemann, Haenisch, Stampfer und Krumm. Natürlich auch mit ihren gleichgesinnten Gegenpartnern in England und Frankreich, was organisch zu ammengehört. Sinnen sind 3 Zitate aus Zeitungen der Christen und Kirchengestirnt. Dazwischen steht der verbindende Text. Zu Kapitellüberschriften lauten: Neue Kampfanzeige unserer Feinde; die letzte Hoffnung unserer Feinde; Nation. I. Selbständigkeit als Vorbedingung der Volkswirtschaft. Das steht für unsere Arbeiter auf dem Spiele; Soziale Bilder aus den feindlichen Ländern; Ein anderes verberbliches Friedensrezept; Wie die Feinde sich das Ergebnis ihres Sieges denken; Die Haltung der Arbeiter in den feindlichen Ländern; Die deutschen Arbeiter halten durch!

Als die Broschüre gedruckt war, versammelte das Generalkommando die Gewerkschaftsbeamten des Korpsbezirkles um von ihnen zu hören, wie die Broschüre am besten verbreitet werden könnte. Die Mehrzahl der politisch zu den Regierungssozialisten haltenden Gewerkschaftsbeamten erklärte sich mit dem Inhalt der Broschüre einverstanden und war zur Verteilung bereit. Die Beamten des Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf erklärten für ihre Person ihr Einverständnis, aber sie fürchteten den Widerspruch ihrer Ortsverwaltung, die völlig aus Unabhängigen bestehe.

Der Esel steigt zur Aehle, wir brechen ab. Da 500 000 Stück verbreitet werden, haben die Arbeiter massenhaft Gelegenheit, dieses Denkmal der Umkehr zu bewundern. Wir glauben, dem Regierungssozialismus ist ein Vorendienst ersten Ranges erwiesen worden. Und den hat er von seinen beamteten und militärischen Beschützern reichlich verdient.

Wie entsteht Geldentwertung?

II.

Bis jetzt haben wir die Geldfrage unter ziemlich primitiven Verhältnissen betrachtet. Die angeführten Gesetze und Erscheinungen beha ten zwar ihre Gültigkeit auch im Zeitalter des Kapitalismus. Man muß bei ihrer Anwendung jedoch immer die neu hinzugekommenen spezifischen Erscheinungen in Betracht ziehen, um keine groben Fehlschlüsse zu ziehen.

Ein Hauptmerkmal unserer Zeit ist die Fähigkeit des Geldes, Zinsen zu tragen. Es genügt, daß der Inhaber des Geldes es irgendwo, in einer Bank, Sparkasse, Aktiengesellschaft, in Staatsanleihe anlegt, und das Geld fängt ohne jedes Zutun des Besitzers an, sich zu vermehren. Diese sonderbare Erscheinung, die dem Primitiven völlig unbekannt ist, ist zu kompliziert, um sie noch in Rahmen unseres Aufsatzes erklären zu können. Wir nehmen sie als allgemein bekannte Tatsache hin ohne die Ursachen ihrer Entstehung zu erörtern und ziehen aus ihr die notwendigen Konsequenzen.

Man sucht jetzt immer mehr Geld zu haben, nicht um es in Genutzmittel umzusetzen oder es zum Lebensunterhalt zu verbrauchen, sondern um seinen Zuwachs, den Profit einzuheimsen. Es genügt nicht mehr das eigene Geld, man sucht auch über fremdes

zu verfügen. Der Kredit bekommt die Oberherrschaft. Der Fabrikbesitzer verkauft seinen Kunden in Kredit, bekommt Wechsel, laßt Kofstlofen, zahlt aber nicht mit barem Gelde, sondern mit den Kundenwechseln, zu denen er noch zu größerer Sicherheit auch seine eigene Unterschrift zusetzt. Der Rohstofflieferant verwendet sie gleichfalls in dieser Weise u. s. f. Die Warenzirkulation wird nicht mehr durch das bare Geld bewerkstelligt, sondern durch Wechsel, Schecks u. dergl. Nur noch als Scheidemünze ist das Geld hauptsächlich im Gebrauch und wird immer mehr eines der vielen „Privilegien“ der ärmeren Volksschichten. Es entstehen besondere Finanzinstitute, die diesen Gang der Wechsel regulieren und immer weiter ausbreiten. Die Banken dienen fortan als Vermittler zwischen den Unternehmern. Sie wissen schon Wechsel, welche Wechsel einen wirklichen Wert besitzen, für diese sind sie bereit, bares Geld zu geben. Aber sie lieben nicht, das bare Geld aus der Kasse zu nehmen, sie verwenden es nur in Fällen absoluter Notwendigkeit. Es genügt, wenn ein Wechsel mit der allmächtigen Unterschrift eines Bankiers versehen ist, um ihn ebenso sicher zu machen wie Geld. Um ihm noch mehr Wertigkeit mit Geld zu verleihen, gibt der Bankier den Kunden seinen eigenen Wechsel, den er zu jeder Zeit einzulösen sich verpflichtet — Banknoten. Die Entwertung geht weiter dahin, daß die Banknotenausgabe ein Privileg bestimmter Institute ist. Der zentralisierte Staat übernimmt die Kontrolle über die Institute und sieht zu, daß keine Mißbräuche vorkommen.

Bei dieser geldlosen Warenzirkulation müssen beim Bankier so viel sichere Wechsel im Portefeuille liegen, als er Banknoten ausgegeben hat. Die Banknoten sind dann gut „gedeckt“. Der Bankier muß überdaneben eine bestimmte Summe in barem Münze halten, um zu jeder Zeit denjenigen befriedigen zu können, der sein Geld in bar haben möchte. Es wird also vom Bankier außer der „bankmäßigen“ Deckung durch Wechsel oder Bare auch ein bestimmter Satz Metalldeckung verlangt.

Die Banknotenzirkulation wird endlich von solchen maßgebendem Einfluß für das gesamte Wirtschaftsleben des Landes, daß der Staat es für angezeigt hält, ihre Ausgabe nur einem bestimmten Institute zu überlassen, das sich unter seiner Kontrolle befindet. Es entsteht auf diese Weise die moderne Reichsbank, die das Privileg besitzt, Banknoten herzustellen, die die Wechsel der Banken und der Privaten diskontiert und in ihren Kellern ein großes Metallquantum zur Deckung der Banknoten außer der Wechseldeckung behält.

Solange die Noten nur auf Privatwechsel basiert bleiben, solange sie sozusagen, den Kredit auf umhergehende Waren darstellen, können sie niemals zu zahlreich werden. Sie sind dann nur die abstrakte Vorstellung der Waren. Dennoch sucht die Regierung zu jeder Zeit ihre Zahl zu beschränken und zwar unter Hinweis auf die Golddeckung, deren Existenz bei inländischem Gebrauch der Noten minimal ist.

Dieser Goldvorrat ist neben seiner Wichtigkeit für das Inland und für die Sicherung der Noten von sehr großer Bedeutung für den Verkehr mit dem Ausland und für die Beziehungen zu ihm. Wenn ein Land zeitweilig mehr aus dem Auslande beziehen muß als es auszuführen vermag, muß der Mehrbetrag der Einfuhr irgendwie gedeckt werden. Das kann durch eine Anleihe im Auslande geschehen; aber diese Lösung macht das vordere Land dem Gläubiger tributpflichtig und wird darum nach Möglichkeit vermieden. Der Mehrbetrag kann als Kapital in irgend einem Unternehmen angelegt werden. Die Folgen sind aber gewöhnlich noch schlimmer als die der ersten Lösung. Die normale Lösung ist es daher, wenn der Mehrbetrag mit Gold gedeckt wird. Das Gold der Reichsbanken dient als vortreffliches Reservoir zu diesem Zweck.

Was geschieht aber, wenn keine dieser drei Lösungen möglich ist, wenn diese Erscheinungen sich in kurzer Zeit öfters wiederholen?

Die Kaufleute des Landes müssen ihre Wechsel im Auslande zahlen. Das können sie aber nur noch durch Waren, deren Verkauf sie forcieren müssen. Sie verkaufen sie im Auslande viel billiger als sie wert sind und zahlen dagegen für neu ankommende ausländische Waren viel mehr Geld als ihr wirklicher Preis ist. Das Gold, als zur Zahlung im Auslande direkt verwendbar, steigt im Preise. Wir haben also wieder mit einer neuen Art Geldentwertung zu tun, der schlimmsten von allen, weil sie zu einer Auswertung durch das Ausland führt. Die Auslandswaren steigen direkt, die anderen, weil zur Ausfuhr um jeden Preis gedrängt, werden immer knapper. Es kann in solchen Fällen sogar in landwirtschaftlichen Ländern wie Rußland zu einer richtigen Hungersnot kommen durch anhaltende Getreideausfuhr. Und dies alles, um die Handelsbilanz zu decken. Da diese Erscheinung, wie schon erwähnt, mit einem Steigen des Wertes des Geldes, den Noten gegenüber begleitet ist, trägt sie auf den ausländischen Börsen den Charakter eines „Valutafalles“.

In diesem Falle kann sich die Geldnote umgemerkelt in eine Assignate, in ein Geldzeichen verwandeln, aber in ein Geldzeichen, das festsitzt steht. Für das Inland durch die begrenzte, automatisch geregelte Ausgabe, für das Ausland durch den Goldbestand.

Wie das Fehlen der Golddeckung wirkt, haben wir eben gesehen. Welche Möglichkeiten kann nun das Inland für eine Geldentwertung schaffen?

Der Staat braucht zu jeder Zeit überflüssige Geldmittel, mit den Steuern hat er nie genug. Besonders aber wachsen seine Bedürfnisse im Kriege. Da liegt es klar auf der Hand, daß er die Banknotenbank ver-

lassen kann, ihm teilweise Geld zu überlassen. Die Bank geht mit Vergnügen darauf ein, bekommt Wechsel auf den Staat und gibt ihm dafür Banknoten. Der Staat verwendet die bekommenen Noten nicht dazu, neue Güter, neue Waren zu schaffen. Ungelehrt. Er zieht mit ihrer Hilfe die schon vorhandenen vom Markt weg, er konsumiert sie, verbraucht oder verwendet sie auf Anlagen, die erst nach längerer Zeit sich bewähren. Das Gesetz der Notenzirkulation ist dadurch verewaltigt. Sie müssen jetzt ebenso wirken wie die Assignaten in China. Der unglückliche Bürger sucht daher seine Geldnoten in Gold umzutauschen, die Bank hat sich aber im voraus mit einer Erlaubnis des Staates versehen, die Banknoten nicht in bares Geld umzuwechseln zu müssen. Jetzt gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Innen- und den Assignaten und wie die letzteren fallen sie um so niedriger, je mehr von ihnen auf den Markt kommen. Die Preise im Inlande steigen, die Ausfuhr wird schwieriger, es folgt ein Valutafall im Auslande. Das Ausland wird doch nicht vor dem Inlande bevorzugt werden — leicht folgen alle Erscheinungen, die einer schlechten Bilanz folgen müssen.

Die Geldentwertung kann sonderbare Folgen haben. Trotzdem sie selbst durch eine zu starke Notenzirkulation hervorgerufen wurde, kann sie von einem Mangel an Zahlungsmitteln begleitet werden. Das kommt daher, daß der Kredit seine zauberhafte Wirkung auf dem Geldmarkt verloren hat und die neuen, auf dem Markt ankommenden Noten, werden von dem Verkehr ausgelesen, z. B. von dem Bankier für Lieferung von Getreide, ohne an die Banken zur weiteren Beleihung zu geben. Das muß eine Geldkrise hervorrufen und eine einschneidende Maßnahme zu ihrer Beseitigung nötig machen. Eine solche Krise hat während des Krieges Rußland durchgemacht. Deutschland hat durch sein entwickeltes Bankwesen und der weiten Verbreitung der Kreditsanktion in der ländlichen Bevölkerung diese Krise nicht erlebt.

Dennoch hat die Geldentwertung im Innern einen Valutafall im Auslande und durch die Verkehrs- und Herstellungsschwierigkeiten eine enorme Verwertung aller Lebensmittel hervorgerufen. Kein Wunder, wenn die Frage, wie eine Geldentwertung zu beseitigen ist, alle Theoretiker der Ubergangswirtschaft beschäftigt. Uns interessiert die charakteristische Lösung, die von Professor Liepmann vorgeschlagen wird: Der Goldbestand der Reichsbank soll zur Deckung des Fehlbetrags der Handelsbilanz an das Ausland dienen, im Innern aber soll ein Assignatensystem ohne Golddeckung geschaffen werden. Die Zahl der Assignaten wird sehr beschränkt, mit der Absicht, sie höher als angezeigt, im Werte zu halten, Kaufmännische Wechsel sollen zur Sicherung und Regulierung dienen und die freie Goldausprägung wird beseitigt. Die letzteren Maßnahmen sollen die Valuta auch im Innern hochhalten, besonders aber will unser guter Professor die Engländer dadurch treffen: diese sind die größten Goldproduzenten, Deutschland kommt ohne Gold aus, das vermindert die Nachfrage und den Preis des letzteren, es schädigt die Geschäfte Englands, so spekuliert er.

Aber, wie schon gezeigt, kommen Deutschland und Europa überhaupt nur noch wenig als Goldkäufer in Betracht. Mit dieser Seite der empfohlenen Maßnahmen ist also nicht viel geholfen und die Engländer können ihnen ruhig zusehen. Für die Wiedereingewonnenen Deutschlands ist jedoch eine Gefahr vorhanden, die ganz sicher ist. Nach dem Kriege wird der größte Teil der Einkommen des Landes zur Deckung der Zinsen der verschiedenen Anleihen dienen. Die Löhne sind schon trotz der Geldentwertung ziemlich hoch; wenn aber eine Kurssteigerung wie Prof. Liepmann sie wünscht, durchgeführt wird, werden sie verdoppelt. Das Resultat der schönen professoralen Rechnung würde sein, daß diejenigen, die die meisten Steuern zu zahlen haben, die sogenannten Konsumentenschichten: Arbeiter, Angestellte, Beamte usw., das Doppelte zahlen müssen.

Eine andere Lösung ist schon im neunzehnten Jahrhundert von der russischen Regierung einmal vorgenommen worden. Die Geldentwertung ist reduziert worden auf den wirklichen Goldkurs; der Rubel enthielt vorher so und so viel Gold, jetzt wurde er auf ein Drittel kleiner. Das Goldstück von 10 Rubel wurde 15 Rubel. Diese Lösung hat nur den Stand des Kur'es verewigt und zu einer neuen geregelten Notenzirkulation gebracht.

Die Geldentwertung ist eine der Folgen der Unorganisiertheit der jetzigen Produktion. Jeder Wechsel der gesellschaftlichen Produktivkräfte muß jetzt automatisch durchbringen, durch Krisen, Entwertungen und dergleichen. Daß die Gesellschaft dabei unglücklich leidet und im Elend verewigt — was geht es die ehernen Gesetze des unpersonlichen Kapitalismus an!

Eine geregelte gesellschaftliche Produktion weh nichts von alledem, sie braucht überhaupt kein Geld, eine Anweisung auf so und so viele Verbrauchsgüterstände aus dem Lager genügt vollkommen. Ob die Arbeiterklasse in der Form einer sozialistischen Ordnung, ob ein Banknotensystem in der Form eines Kartells, das die ganze Produktion beherrscht und regelt, ob in Form eines Staatssozialismus, einer von Beamten verwalteten und von Militärs überwachten geregelten Produktion — zum Nutzen der Inhaber der Staats- und Kommunalanleihen — in welcher Form es sei, wir geben mit beschleunigten Schritten einer geregelten Produktion entgegen, wo eine Geldentwertung noch als Erinnerung aus einem barbarischen Zeitalter klingen wird. M. L.

Zivilcourage und Militärcourage.

In einem Artikel der „Welt a. M.“ frischt Hans Zehn folgende lehrreiche historische Erinnerung auf:

„Seit Jahrhunderten jagt man dem Berliner nach, daß er zwar eine starke kritische Ader habe, aber mehr nicht. Zur Zeit harter politischer Einschüchterungen sahen es allerdings nicht so. Aber machen wir uns nicht vor: die Märztage des Jahres 1848 sogar wären anders ausgefallen, wenn Friedrich Wilhelm IV. und einige seiner Ratgeber die „Militärcourage“ gehabt hätten. Als die wieder oben auf war, betrogen sich die Berliner täglich. In der Brangelbiographie, die als Beilage zum Militärwochenblatt erschienen ist, wird der Einzug Brangels in Berlin geschildert. Dem General war „zur Wiederherstellung von Ruhe, Ordnung und Aeußerung vor dem Geſetz“ das Oberkommando in den Marken übertragen. Er nahm Quartier im Schloß zu Charlottenburg. Die Truppen, die noch in Berlin waren, wägten sich kaum zu zeigen, sie wurden in den Kasernen verstreut gehalten. Die wichtigsten Wachen und Posten waren von der Bürgerwehr besetzt. Brangel befahl die Paradeaufstellung dieser Truppen vom Schloß zum Brandenburger Tor und bis zum großen Stern. Der Kriegsminister schickte zweimal dringliche Mitteilungen, die „Parade“ nicht in Berlin abzuhalten, die Bevölkerung sei in großer Aufregung, überall spräche sich Haß gegen das Militär und den Oberbefehlshaber aus“, usw. Brangel ist, was er sich vorgenommen hatte, — und sein Einzug gleich einem Triumphzuge: — ich zitiere immer die Biographie in den Beilagen des Militärwochenblattes.

Der Bürgerwehrlub richtete an die Kammer der Abgeordneten den Antrag, den General v. Brangel „sofort abzurufen und zu entfernen“. Flugblätter, Zeitungsartikel, Landtagsbeschlüsse gab es genug, — Zusammenstöße nicht. Als Brangel endgültig in Berlin einrückte, war das Verhalten der Bevölkerung und der Bürgerwehr zwar mäßig, kritisch, aber es passierte nichts. Das königliche Schloß war von einer Eliteabteilung der Bürgerwehr, Schützen aus Vorflugsfabrik, besetzt. Brangel ging mit einem Hauptmann allein seinen Soldaten voran und sagte zur Wache: „Wenn Sie schießen wollen, dann zielen Sie auf mich!“ Kein Schuß fiel, nur ein järrlicher Protest. Die Bürgerwehr lieferte zum großen Teil ihre Hinten ab. Bei solchen Gelegenheiten bildete sich als übliche Formel des Proteses heraus, daß man nur der Gewalt weiche, worauf Brangel erwiderte: „Ja, die ist eben nun da!“

Ich finde, daß diese Skizze jener siebzig Jahre alten Vorgänge eine lehrreiche Illustration ist zu Bismarcks Wort von dem Mangel an Zivilcourage. Man kann vielleicht im Zweifel darüber sein, ob es der Mut war, der mangelte, ob nicht vielmehr die Führung und „Disziplin“, Übung im Waffendienst. Jedenfalls mangelte etwas, und zwar das Wichtigste: ein richtiger Mut, der wußte, was zu tun und zu wovollen war.“

Ein neuer „Märtyrer“ in Düsseldorf.

Als die Braun und Genossen ihren Raub an der „Volkszeitung“, dem Eigentum der Düsseldorfer Parteiorganisation, vollbracht hatten, da ließen sie der Gewalttat ein sentimentales Nachspiel folgen, indem sie im „Vorwärts“ verkündeten, die „Volkszeitung“ sei nun wieder im Besitz der Partei, das heißt der Braun und Genossen, und werde geleitet von dem Redakteur Gerlach, dem der Geschäftsführer Pfeiffer in echt unabhängigem Rechts- und Zartgefühl, als Gerlach schwer verwundet darniederlag, seine Entlassung zugeschiedt habe. Das war ein frecher Schwindel. Gerlach,

der Anfang 1915 zum 1. Juli gekündigt hatte, wurde Mitte Juni eingezogen. Der Verlag zahlte ihm, ohne irgendwelche gesetzliche Verpflichtung, bis zu seiner Entlassung aus dem Heeresdienst (November 1917) die Hälfte des Gehalts weiter. Dieser Appell ans Tränenhächen war also mißlungen. Jetzt machen die Düsseldorf Handlanger des Herrn Braun einen neuen Versuch, einen der Ihrigen mit der Märtyrerkrone zu schmücken. Das Gewerkschaftskartell in Düsseldorf hat den Arbeitersekretär Arzberger seines Postens entlassen. „Einziger Grund — so schreibt die Braun-Gerlach'sche „Volkszeitung“ — war die Betätigung für seine Ueberzeugung außerhalb der Arbeitszeit.“ Das ist ein ebenso frecher Schwindel, wie die rührselige Geschichte mit dem schwerverwundeten Heldenjüngling Gerlach, dem der hartberzige Geschäftsführer Pfeiffer das Entlassungsschreiben zugehen läßt. Arzbergers politische Gesinnung war unseren Düsseldorfer Parteigenossen bekannt, sie wußten, daß er auf Scheidemann'schem Boden stand. Sie haben ihn in dieser seiner Anschauung niemals gestört und würden ihn auch weiterhin darin nicht gestört haben. Aber Arzberger hat in den Vorgängen, die zu dem Raub der „Volkszeitung“ führten, eine so unehrliche und unanständige Rolle gespielt, daß unsere Genossen im Gewerkschaftskartell es für geboten erachteten, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob Arzberger auf einen Posten gehörte, der getragen werden muß von dem Vertrauen derjenigen, die nach außen hin für das Ansehen des Arbeitersekretariats verantwortlich sind, wie auch von dem Vertrauen der breiten und weiten Öffentlichkeit, die das Arbeitersekretariat in Anspruch nimmt. Die Mehrheit im Gewerkschaftskartell war der Meinung, daß nach seinem Verhalten in dem Kampf um die „Volkszeitung“ Arzberger nicht der Mann ist, der dieses doppelte Vertrauen gewährleistet. Die Aktion ist nicht, wie die „Volkszeitung“ schreibt, ein Racheakt, sondern eine vom Bewußtsein der Verantwortlichkeit gebotene Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit gegenüber dem Arbeitersekretariat und seinen Hilfesuchenden. Daran ändert das Geplärre der „Volkszeitung“ über das angebliche Opfer unabhängiger Gewerkschaften nicht das mindeste. Das Verjahren dunkler Ehrenmänner, mit einem „Haltet den Dieb!“ von den Spuren ihrer üblen Wirksamkeit abzulenken, verlängert nur noch bei unermüdeten Deuten — und deren Zahl ist in einer Zeit, wo die großen und kleinen Gaunereien an der Tagesordnung sind, nur sehr gering.

Es ist besonders kennzeichnend, daß der erklüfteten „Vorwärts“-Enttarnung auch die bürgerliche Presse, u. a. sogar die „Deutsche Tageszeitung“, gefällig beifpringt: Gelegentlich bekommt also die Scheidemann-Partei, wenigstens in ihrer Raubpolitik gegen die bösen Unabhängigen, die Anerkennung für ihre staatsbehaltende Bestimmung.

Aus der Bewegung.

Ein „Sieg“ der Abhängigen. Aus Bremen wird uns geschrieben: In Bremen fand vorige Woche eine Bezirkswahl zur Bürgerschaft statt. Die Bürgerlichen hielten Burgfrieden insofern, als sie keinen Kandidaten aufstellten. Es kandidierten nur zwei Sozialdemokraten, unser Genosse Sommer und der Gewerkschaftssekretär Klenke. Es wurden diesmal 293 gültige Stimmen abgegeben. Davon waren ihrem Berufe nach 162 Arbeiter und 131 Beamte, Geschäftsinhaber und Pensionäre. Sommer erhielt 108 Stimmen und der Abhängige Klenke 185 Stimmen. 54 Arbeiter wählten also Klenke, dazu die 131 Beamte usw., macht im ganzen 185 Stimmen für den Regierungssozialisten. Von den 162 abgegebenen Arbeiterstimmen erhielt der Regierungssozialist also zirka ein Drittel, ganze 54 Stimmen.

Krieges durfte in Frankreich, dem Mutterlande der Revolution, fast kein Wort gegen die zaristische Insamie und für die Helden des großen russischen Volkes gesagt werden. Erst als mit elementarer Kraft die Elite-schar des internationalen Proletariats die mündlichen Laute der „Internationale“, die in Frankreich kaum mehr gesungen werden können, in die Praxis umgesetzt hatte, da erst konnte, wenige Wochen später als in anderen Ländern, das mündige französische Volk von dem Siege der russischen Revolution erfahren. Infolge der blind wütenden Zensur ist die Ehren-tafel, auf der die ganz oder zeitweise verbotenen Organe verzeichnet sind, gewaltig groß.

Allerdings gehört dazu nicht das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, „L'Humanité“, die während des ganzen Krieges eine außerordentliche Disziplin vor dieser undemokratischen Einrichtung gezeigt hat. Wie deutlich macht sich gerade in diesem Blatte das Fehlen von Jean Zauders bemerkbar, der die Partei und ihre Presse bis zur Schwelle des Krieges mit klarer Umsicht und Weisheit geführt hat. Noch wenige Tage vor der Weltkatastrophe hat dieser wadere Märtyrer des Friedens und des Sozialismus die Verantwortlichkeit der imperialistischen Kreise aller Länder zugehört: „Ja, jedes Volk erscheint in den Straßen Europas mit einer kleinen Pechfadel in der Hand und nun haben wir die Feuersbrunst... Ich sage diese Dinge mit einer Art Verzweiflung, es gibt in dem Moment, wo wir von Nord und Barbarei bedroht sind, nur eine Aussicht für die Aufrechterhaltung des Friedens und das Heil der Zivilisation: es ist die Pflicht aller Proletariats, nicht eine einzige Gelegenheit zu vernachlässigen, um zu zeigen, daß sie mit dieser internationalen sozialistischen Partei sind, welche in dieser Stunde unter dem Gewitter das einzige Versprechen einer Möglichkeit des Friedens oder einer Wiederherstellung des Friedens darstellt.“ Doch „L'Humanité“ unter der Leitung von Pierre Renaudel hat bloß die Politik des „bedrohten Vaterlandes“ gemacht. Nicht mehr wie bisher ist „L'Humanité“, die fast alle Hilfsmittel der

Von den Pflaumenweichen wird nun bestritten, daß die Beamten für sie stimmen. Es ist aber doch wohl anzunehmen, daß die Oberlehrer, Stationsvorsteher, Lokomotivführer, Polizeiwachmeister, Bauführer, Zoll-assistenten bis herab zum Lehrer, Schuttmann, Zollaus-leher und Generalsekretärskassierer eher für den Gewerkschaftsbeamten, als für einen unabhängigen sozialdemokratischen Metallarbeiter stimmen. Die ganze Gewerkschaftsbürokratie hat sich doch so „staatsbehaltend“ bewährt, daß es unverständlich wäre, wenn sich da nicht ein Verwandtschaftsgefühl bemerkbar machen würde. Geradezu strapazierend aber wirkt Folgendes. Vor elf Monaten fand im selben Bezirk auch eine Erziehungswahl statt. Bei der diesjährigen Wahl nun nahmen 33 Beamte usw. weniger an der Wahl teil als im vorigen Jahre und genau so viel Stimmen erhielt der Unabhängige in diesem Jahre weniger, statt 238 nur 185 Stimmen. Unser Kandidat erhielt nur 16 Stimmen weniger, welcher Umstand durch die Einziehungen zum Militär und dadurch, daß die Linkskandidaten diesmal die Beteiligung ablehnten, seine Erklärung findet. Zum Ueberflus verriet auch noch der Parteisekretär Waigand, daß er bei der Agitation von einem Polizeibeamten die Antwort bekommen habe, da er Beamter sei und nur zwei Sozialdemokraten zur Wahl ständen, könne er überhaupt nicht wählen. Bei 15 Polizeibeamten, 5 Zoll-beamten, 13 Eisenbahnbeamten, 5 Lehrern und 5 sozial-lokalen Kapitänen, Profuratien usw. wurde ihm diese Antwort nicht. Der Vorfall zeigt aber, daß die Herrschenden gerade da agitieren, wohin unsere Schlepper schon gar nicht erst gingen.

Wir sind zufrieden mit dem Resultat und freuen uns schon auf die allgemeinen Wahlen. Denn bei der dann nötig werdenden Stichwahl zwischen einem Bürgerlichen und einem Unabhängigen werden die Regierungssozialisten Farbe bekennen müssen, indem sie ihre Parole für den Bürgerlichen oder den Unabhängigen ausgeben müssen.

Für die Arbeiterwähler aber, insbesondere diejenigen, die auch dieses Mal nicht an der Wahl teilnahmen (zirka 100, neben ebensoviel Eingezogenen), erwacht die Pflicht, sich allmählich zu entscheiden, nach welcher Seite hin sie ihr Recht ausüben wollen. Leute, die ihr Recht nicht ausüben, können schlecht weitere Rechte verlangen. Als Mittel zur Aufklärung sei ihnen das Lesen der unabhängigen Presse empfohlen. Auskunft erteilen ihnen gern die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Vom Redakteur zum Gemüsehändler. Man schreibt uns aus Gießen: „Die Notiz, welche wir vor kurzem über die Schimpfstanonade der „Oberh. Volksztg.“ in Gießen brachten, hat die gute alte Tante noch viel mehr in die Wille gebracht, somit ihre Wirkung, die sie haben sollte, nicht verfehlt. Um den Lesern Gelegenheit zu geben, sich ein Urteil über den Geistesblitz, mit dem man hier zu tun hat, bilden zu können, wollen wir, insbesondere der gemüseharmen Zeit halber, einige Kostproben dieses Gemüses vorlegen. Der Auch-Redakteur orakelt u. a. folgendermaßen: „Unsere Kritik scheint denn auch bei der genannten Verwaltung so etwas wie Scham aus-gelöst zu haben, sie versucht ihr Verhalten zu rechtfertigen. Zu diesem Zweck hat sie jemanden mit Abfassung eines Artikels beauftragt, den dieser im — „Mitteilungsblatt“ der Berliner Unabhängigen losließ. Das hier fast völlig unbekanntes Blatt war jedenfalls die allergeeignete Stelle zur Abladung dieses Schuttes, anders kann man das konfuse Nachwerk nicht bezeichnen. Es ist ein fürchterlicher Krautsalat und man muß sich wundern, daß der Berliner Redakteur den Kohl überhaupt drucken ließ.“ — In derselben Tonart geht's dann weiter, bis er dann zum Schluß noch mal mit der Faust auf den Tisch schlägt und von erbärmlich jedem Zeug schwafelt. An Stelle einer Eisblase wollen wir doch schnell eine Be-zuhigungspille eingeben. Zunächst können wir die Tante im Gemüseladen insofern beruhigen, daß das Berliner

Partei in Folge des Abonnentenschwundes aufbraucht, die wuchtige Waffe einer Kampfspartei, die die Massen führen und erziehen soll, sondern in ihr wurde durch lange Zeit hindurch dem Chauvinismus und der einseitigen Beurteilung ein gar weiter Raum gelassen. Ohne Kontrolle und ohne Kritik wurden die un-sinnigsten Informationen veröffentlicht. Der deutsche Militarismus wurde als der einzige Feind, der einige der übrigen Länder wurde in der Rolle des Befreiers der Nationen hingestellt. Man predigte dem fran-zösischen Volk Geduld und Heldennut, die Kanone und das Schlachtfeld galten auch in diesen sozial-istischen Kreisen als die Bürger des Sieges. In neuerer Zeit, besonders durch die Freiheits-welle vom Osten her und durch die Unter-drückungspolitik eines Clemenceau geht glücklicherweise ein etwas frischerer Zug der Opposition auch durch die Spalten der „L'Humanité“.

In diesem Zusammenhange sei noch auf das schlimme Unwesen hingewiesen, das der ehemalige Antimilitarist Gustav Hervé in seinem Blatte „La Victoire“ (trayer „Guerre sociale“) treibt. Dieses Parteimitglied, einst voller Hoffnung sogar für die Nachfolge von Zauders auszuweichen, ist seit langem als eifriger „Jusqu'au-boutist“ (bis ans Ende-Krieger), dem Stamme der Maurras, Barros o tutti quanti zuzuzählen. Dafür ist er, dessen Wissen im Dienste des Proletariats hoffentlich für immer erliegt ist, Vieserant der Armee geworden, indem ganze Ballen seiner Zeitung für die Soldaten von Amts-wegen zur Verfügung gestellt werden.

Gegenüber der Woge des Chauvinismus haben bereits einige Monate nach Kriegsbeginn zwei so-zialistische Provinzzeitungen, „Le Populaire du Centre“ in Limoges und „Le Droit du Peuple“ in Grenoble, den Kampf für den auf-richtigen Frieden und für die Men Arbeit geführt. Als dann später die Anhänger der Minderheit in den Or-ganisationen Fuß faßten und damit deren Einfluß wuchs, wurde ein Zentralorgan in dem „Popu-laire“ geschaffen, der gegenwärtig in Paris unter Leitung des Deputierten Jean Bonquet wöchentlich erscheint und in Kürze in eine große Abend-

Die französische Kriegspresse.

Die Unterordnung der Presse unter den Kriegs-zweck in allen kriegsführenden Ländern bringt es mit sich, daß überall über die Presseverhältnisse des ei-genen Landes nur recht wenig geschrieben werden kann. Eher ist es schon möglich, die Presseverhält-nisse in den andern Ländern kritisch zu beleuchten, wobei allerdings festzustellen werden muß, daß gewisse Erscheinungen bei den Organen der öffentlichen Mei-nung haben wie drüben gleichmäßig zu beobachten sind, weil überall die öffentliche Meinung zu einem Objekte der strategischen Maßnahmen geworden ist.

In der Mainnummer der österreichischen sozialde-mokratischen Monatschrift „Kampf“ gibt Oswald Ra-bian einen Ueberblick über die französische Kriegs-presse. Nach einer Schilderung der dem wüthenden Chauvinismus huldigenden bürgerlichen Presse schreibt er über die Blätter der Opposition folgendes:

Gegenüber der mit ungeheuren Mitteln arbeiten-den bürgerlichen Presse haben die mutigen Blätter der Opposition einen schweren Stand. Hierzu kommt vor allem, daß besonders in Frankreich, in Lande der Erklärung der Menschenrechte, die herrliche Zensur, die in dieser Stunde fast überall als eine der willkürlichsten und fürchterlichsten Einrichtungen wüthet, jeden freien Gedanken und jede freie Aktion trotz aller Phrasen vom „Kriege des Rechtes und der Freiheit“ unterdrückt. Ueber das französische Volk wird ein Schleier der Finsternis und des Schweigens verbreitet, wie dies besonders stark in der Botenhal-tung der feindlichen Zeitungsleitüre zum Ausdruck kommt. Es wäre in der Tat vermessend für die Unter-tanen, wie der Genosse Charles Kappapori einmal treffend bemerkt hat, mehr wissen zu wollen, als ihre Herren, die hohen Regierungen, die meist nicht die deutsche Sprache beherrschen und deshalb nur auf Auszüge und unvollständige Uebersetzungen ange-wiesen sind. Es bedarf schon einer Katastrophe oder eines gewaltigen Ereignisses, um einen Lichtstrahl in dieses Dunkel bringen zu lassen. Während des ganzen

Wittellungsblatt in verschiedenen Orten noch weit mehr verbreitet ist als wie die an Arterienverkalkung und Begriffsverwechslung leidende Oberhessische Lante, denn wenn's schon so weit ist, daß diese ihren Lesern beibringen will, daß mit Errichtung der Zigarrengeossenschaftsfabrik beabsichtigt war, in der Hauptsache den von den Tabakarbeitern gemahregelten Arbeitern eine Unterkunft und Verdienst zu verschaffen (kann's noch größeren Anstoss geben), ist es wohl erklärlich, daß mancher denkende Leser auf solche geistreiche Kost verzichtet. Daß eine sachgemäße Darstellung, wie wir sie an dieser Stelle über die Vorgänge in der Zigarrengeossenschaftsfabrik brachten, von dem Gemüsehändler unterschlagen wurde, wundert uns absolut nicht, was liegt denn auch daran, wenn 24 Tabakarbeiter durch ein leichtsinniges Verhalten brotlos werden, die Hauptsache, daß man sein eigenes Gemüselädchen offenhalten kann und wenn dabei die größten Eierlätze aufgeführt werden.

Die Unabhängige Sozialdemokratie in Westpreußen. Trotz ungewöhnlich zahlreicher Einziehungen zum Militär steigerte unsere Danziger Parteiorganisation im 1. Vierteljahr 1918 ihre Mitgliederzahl von 533 auf 630. Die Einnahme (ohne Kassenbestand) betrug 1521 Mt., die Ausgabe 1276 Mt. Der Kassenbestand stieg von 950 Mt. auf 1203 Mt. Dem Pressefonds wurden 154 Mark überwiesen. Besonders erfreulich ist jedoch, daß die Provinz im Erwachen ist. Außer den 630 Mitgliedern in Danzig sind in verschiedenen Provinzstädten circa 120 Einzelmitglieder vorhanden. Besonders stark hat das Siechtum der Abhängigen im Wahlkreis Elbing-Marienburg eingelegt, wo der Parteisekretär Gehl geradezu verzweiflungsvoll gearbeitet hat, um seinem unabwendbaren Geschick zu entgehen. Alle Mühe war indes umsonst. In Danzig wollen die Abhängigen nicht sterben und können nicht leben. In ihrer letzten Generalversammlung erhoben sie ein großes Geschrei über unsere Feststellung, daß sie ihren eigenen Mitgliedern und der Öffentlichkeit nicht die Abrechnungen mitzuteilen wagen. Das soll vollständig erfolgen. Nur in einem Quartal sei es aus „technischen Gründen“ nicht möglich gewesen, die Abrechnung zu veröffentlichen. Wir stellen nun erneut fest, daß der „Volkswacht“-Bericht, der uns „Verlogenheit“ vorwirft, wieder die Zahlen der Quartalsabrechnung unterschlägt. Nur die angebliche Mitgliederzahl der Abhängigen und ihr Kassenbestand wird angegeben. Diese Zahlen sind wertlos, so lange nicht die Nachprüfung durch Angabe der Einnahmehzahlen möglich ist. Doch überlassen wir die Abhängigen ihrer Beschäftigung mit Rechenkunststücken und Schimpfereien. Wir haben wichtigeres zu tun, als die Mägen der Abhängigen zu widerlegen.

Helfershelfer des Belagerungszustandes. In Feschenheim (Kreis Hanau) hielten die Regierungssozialisten eine öffentliche Protestversammlung gegen die Wahlrechtsvorlage ab. Referent war Redakteur Kaul, Offenbach. Die ganze Protestversammlung war besetzt von 48 Personen, einschließlich des Referenten. Die Politik der Regierungssozialisten laßt keinen Hund hinter dem Ofen hervor. Nichts wie Worte, aber keine Taten. Wenn man bedenkt, welche Propaganda gemacht wurde, selbst in bürgerlichen Zeitungen inferierte man. Der Vorstand der Fortschrittspartei erließ eine Aufforderung, ebenfalls die „Protestversammlung“ zu besuchen. Der Erfolg 48 Personen. Davon waren 30 Mitglieder der Unabhängigen, 8 Bürgerliche und 10 Regierungssozialisten. Trotzdem ließ es sich Herr Kaul nicht nehmen, seine „Protestrede“ zu halten. Er fing um 1/9 Uhr an und redete in den großen gähnend leeren Saal hinein bis 10 Minuten nach Feierabendstunde (10 Uhr). Und warum? Genosse Schnellbacher-Hanau war auch anwesend. Man wollte verhindern, zu dieser Frage die Meinung und Auffassung der U. S. P. darzulegen. Von dem Leiter der Versammlung wurde sofort bekannt ge-

macht, daß eine Diskussion nicht mehr stattfinden könne, wegen Feierabendstunde. Man wolle aber eine weitere Versammlung anberaumen mit der Tagesordnung: Fortsetzung der Diskussion. Wer laßt da nicht? Genosse Schnellbacher erzog sich das Wort zur Geschäftsordnung und kennzeichnete das Verhalten dieser Leute, die auf solche Weise die angekündigte freie Diskussion unterbinden. Die Herren wissen, daß wir keine öffentliche Versammlung abhalten dürfen und geben sich als Helfershelfer des Belagerungszustandes noch her. Die Herren haben es weit gebracht. Nur weiter so. Dies öffnet jedem denkenden Arbeiter die Augen.

Aus dem Wahlkreis Magdeburg. Die Regierungssozialisten gaben hier in einer Generalversammlung vom 13. Mai den üblichen Jahresbericht. Was die „Vollstimme“ aus dem Bericht mittelst, ist sehr dürftig und doch zeigt es jedem, der sich die Zahlen genauer ansieht, daß neben dem vollen Zusammenbruch ihrer Politik, der Zusammenbruch der Parteiorganisationen einbergeht. Zwar wurde vom Vorstand erklärt, „der Mitgliederbestand sei zufriedenstellend; es scheint, als wenn der Verein über die kritische Zeit hinweg sei“. Die Wirklichkeit besagt jedoch etwas ganz anderes. Am 31. März 1914 war der Mitgliederbestand 7577, davon 1582 weibliche Mitglieder. Er sank ein Jahr später auf 4016, im folgenden Jahr auf 2955 und am 31. März 1917 auf 2274, wovon 633 weibliche Mitglieder. Nach dem Bericht des 2. Vorsitzenden (der Parteisekretär) und der 1. Vorsitzenden wurden als krank entschuldigt, „daß die Mitgliederzahl im letzten Jahr gestiegen sein“. Er gab sie für Ende März d. J. auf 2315 an. Wir raten dem Berichterstatter dringend, sich das Mitgliederregister einmal anzusehen. Die angegebene Mitgliederzahl kann unmöglich stimmen. Rechnen wir nur die gleiche Mitgliederzahl wie im vorigen Jahre (1641 männliche und 633 weibliche) und rechnen wir nur 50 Beitragswochen im Jahr für jedes Mitglied, so müßte die Kasseinnahme allein aus Beiträgen 9787,50 Mt. betragen. Nach dem Bericht des Kassierers hatte der Verein, nach Abzug des Kassenbestandes vom März 1917, jedoch nur eine Einnahme von 4045,55 Mt. In dieser Summe stehen aber auch noch andere Einnahmen, z. B. die Zinsen des Kassenbestandes, der zu Beginn des Geschäftsjahres noch mehr als 15 000 Mt. betrug. Rechnen wir nur 525 Mark für andere Einnahmen ab, so bleibt aus Beiträgen eine Einnahme von höchstens 3520,00 Mt. Unter Beibehaltung eines gleichen Verhältnisses der männlichen zu der weiblichen Mitgliederzahl und einer Jahresleistung von 500 Beitragswochen pro Mitglied, stellt sich der tatsächliche Bestand auf 568 männliche und 272 weibliche Mitglieder. Der Berichterstatter hat mithin die Mitgliederzahl um 1475 zu hoch angegeben, eine Leistung, die sich kaum in einer anderen Organisation eine Leistung erlauben dürfte.

Ganze 840 Mitglieder! Das ist das Resultat der Gewaltpolitik, die der Bezirkspartei-sekretär Beimis und seine Handlanger in Magdeburg getrieben haben, ein Resultat, das ihm vorausgesetzt worden ist. Und nicht anders steht es mit der Organisation der Regierungssozialisten in den übrigen Wahlkreisen des Bezirks. Überall haben die eigentümlich tätigen Mitglieder den Organisationen der alten Partei den Rücken gekehrt, weil sie deren ganze Kriegspolitik, dann aber auch die Mißwirtschaft in den Organisationen mit immer größerem Widerwillen erfüllt. Reiten soll jetzt die Einführung einer Sterbepflicht, d. h. einer Einrichtung, für die doch eigentlich die Volkssicherung geschaffen worden ist. Auch das zeigt, wie wenig Wert diese „großen Politiker“ ihrer Politik zutrauen. Statt durch eine selbständige sozialistische Politik die alte Begeisterung in den Volksmassen wieder zu wecken, propagieren sie eine Unterstützungseinrichtung, um die immer mehr flüchtenden Mitglieder zu halten. Es

wird ihnen nicht gelingen. Sie verlieren mit jedem Tage mehr das Vertrauen nicht nur aller sozialistisch denkenden Männer und Frauen, sondern der bestlosen Schichten überhaupt. — Diese wenden sich der Unabhängigen Sozialdemokratie zu, deren Organisation wie in anderen Städten, so auch in Magdeburg, die der Regierungsozialisten längst um ein bedeutendes Stück überflügelt hat. Trotz aller Schwierigkeiten und Verfolgungen wächst sie täglich. Mögen sich jene an den Wahlergebnissen, wie Niederbarnim und Jüdau berufen. Sie werden nur zu bald ernüchtert werden, wenn die Unabhängige Sozialdemokratie, frei von Zensur und Belagerungszustand, die Aufklärung der Massen recht gründlich betreiben kann.

Ein Freispruch. Der Genosse Dr. Lauffenberg-Hamburg befand sich seit Februar 1917 in Schutzhaft. Am 23. Mai d. J. fand diesbezüglich vor dem Reichsmilitärgericht die Verhandlung statt, in der nach Verteidigung durch Genossen Haase der Freispruch und die sofortige Entlassung aus der Schutzhaft erfolgte. Ebenso erfolgte schon vor kurzem ein gegen Genossen Lauffenberg eingeleitetes Strafverfahren durch Freisprechung.

Aus den Gewerkschaften.

Tapezierer. In der Mitgliederversammlung vom 16. Mai gab der Vorsitzende den Bericht von den Unterhandlungen mit der Janung und dem Arbeitgeber-Schutzverband betreffs Tarifvertrag. Die Unternehmer waren der Meinung, daß wir als Gehilfen die Schuld daran hätten, daß die Verhandlungen abgebrochen wurden. Es wurde ihnen aber von der Ortsverwaltung das Gegenteil bewiesen. Nach längerer Debatte von beiden Seiten rühten die Unternehmer mit ihrem ganzen Programm heraus, die Angelegenheiten sind folgende: Der Durchschnittslohn für Weissen beträgt ab 20. Mai d. J. pro Stunde 1,60 Mt. Alle Gehilfen, die diesen Lohn und darüber bereits haben, erhalten ab 20. d. J. eine Zulage von 10 Pf. pro Stunde. Der Durchschnittslohn für geübte Näherinnen beträgt ab 20. Mai d. J. pro Stunde 80 Pf. Alle Näherinnen, die diesen Lohn und darüber bereits haben, erhalten ab 20. Mai d. J. eine Zulage von 5 Pf. pro Stunde. Auf alle Akkorde nach den Tarifen von 1911 erfolgt ab 20. Mai d. J. ein Zuschlag, der mit den bereits gezahlten Zuschlägen 100 Prozent betragen muß. Auf die Spesenlöse von 1911 erfolgt ab 20. Mai d. J. ein Zuschlag von 100 Proz. Die Arbeitszeit bleibt wie bisher. Das Abkommen gilt vom 20. Mai bis 15. November 1918 und verlängert sich auf sechs Monate weiter, falls es nicht sechs Wochen vorher gekündigt wird.

Nach kurzer Debatte wurde die Ortsverwaltung beauftragt, auf dieser Basis den Tarif abzuschließen. Dann wurde Kollege Zilinsky als Geschäftsführer und Kassierer für die Unterstützungen der Opfer des letzten Streiks gewählt.

Die glorreiche Politik des 4. August. Das Gewerkschaftsblatt Magdeburg hat folgenden Beschluß gefaßt:

„Die am 28. April tagende Sitzung ist zu der Ueberzeugung gekommen, daß die weitere Mitarbeit der Gewerkschaftsvertreter in den verschiedenen Ernährungsausschüssen für die Arbeiterbevölkerung keine Besserung der Ernährungsmöglichkeit bringen kann, weil die Vorschläge der Arbeitervertreter in den Parlamenten und anderen maßgebenden Stellen abgelehnt worden sind, die eine restlose Erfassung und Verteilung aller Lebensmittel erstreben. Dadurch ist dem Scheitern aller Bemühungen um die Bekämpfung des Hungertodes und dem Wucher mit Lebensmitteln zum Schaden der minderbemittelten Bevölkerung Tür und Tor geöffnet worden. Sie erachtet es daher für geboten, die Vertreter zurückzuziehen. Da aber diese Maß-

zeitung umgewandelt werden soll. Von der ganzen reaktionären und chauvinistischen Presse als Entel von Karl Marx mit Verleumdungen und Drohungen überschüttet, führt Longuet mit einer ganzen Reihe von wichtigen Mitarbeitern, zum Teil auch Zimmerwalder Richtung, wie Faure, Blanc, Mayeras, Sirete-Quenin, Souvaine, Marianne Hauze und andere, unentwegt den Kampf. „Le Populaire“ suchte als Organ der sozialistischen und internationalistischen Propaganda alle politischen und moralischen Kräfte des Sozialismus der Welt ins Werk zu setzen, um dem grauen Gemetzel durch einen demokratischen Frieden im Sinne der russischen Revolution ein Ende zu bereiten.

Sind diese Longuet, Pressmane, Mirral und Genossen im allgemeinen von einem veröhnlichen Geist gegenüber den Anhängern der Mehrheit durchdrungen und bleiben sie vielfach bisher auf halbem Wege stehen, so kommen die Zimmerwalder in der Tageszeitung „Journal du Peuple“ unter der Leitung von Henri Fabre zu Worte. Neuerdings haben sie gastfreundlichen Boden in der „Börse“ gefunden, die von dem mutigen republikanischen Deputierten Paul Meunier geleitet wird. Daneben wirkt im Sinne des internationalen Proletariats das von den Syndikalisten Bourderson und Merheim begründete „Comité pour reprise des relations internationales“ (Komitee für Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen), durch Herausgabe von Flugschriften und Broschüren, soweit dies bei dem Wanken der Zensur nur immer möglich ist. Es ist zu beachten, daß hinter dem wackeren, von der Bourgeoisie jetzt besonders angegriffenen Merheim die machtvolle Föderation des Métair (Metallarbeiterverband) mit ihren 150 000 Arbeitern steht. Von den zahlreichen Wochenchriften, die den imperialistisch-militaristischen Durchhaltern ersolgarisch entgegenwirken, seien die von Sébastien Faure herausgegebene „Ce n'est que la guerre“ („Was man sagen muß“), die illustrierte Zeitschrift „Les hommes du jour“ („Männer des Tages“), von Georges Pioch, „Les humbles“ („Die Demütigten“),

„La Forge“ („Die Schmiede“) genannt. Geplant ist von dem mutigen Abgeordneten Pierre Brizon, einem Kienbaler, die Herausgabe eines Kampforgans „La Bague“ („Die Boge“) mit Unterstützung einer großen Zahl von Gefinnungsgenossen. Eine besondere Hervorhebung verdient die Monatschrift „De-main“ („Morgen“), die von dem jungen, überzeugungstreuen Henri Guilleaux in Genf seit zwei Jahren herausgegeben wird. An der Zeitschrift, die Dokumente der Menschlichkeit aus allen Ländern bringt und besonders das Programm von Zimmerwald verkündet, arbeiten die hervortragenden Vertreter der Internationale mit. Kein Wunder, daß die Reaktionäre und Unabhängigen Regierung eingetragener hat und daß man sich müht, den Herausgeber des „Landesverrats“ zu bezichtigen.

Den Kampf gegen die Zensur und den jusqu'au-boutisme führt mit viel Humor ein illustriertes Wochenblatt: „Le Canard Enchaîné“ („die gekesselte Ente“) unter der Devise „Das Lächerliche ist“.

Aus der französischen Publizistik seien zwei Namen hervorgehoben, die als Säulen des Menschheitsgedankens eine weit über den nationalen Rahmen hinausgehende Beachtung rechtfertigen: Romain Rolland und Henri Barbusse. Zu der Zeit, da fast alle Geister der Wissenschaft und Kunst, des Glaubens und Denkens mit allen ihren Kräften des Imperialismus flüchten und die Kriegsbegeisterung zu steigern suchten, drückte sich Rolland in Romain Rolland das Evangelium der Freiheit und des wahren Menschentums aus. Mitten im Kampfgeheul entrollte er die Fahne der Brüderlichkeit und der Hoffnung und besang die Vorurteile des Hasses und der Unwissenheit, die die Völker und Individuen voneinander trennen. Nicht wie ein großer Teil der geistigen Elite aller Länder hat er mit Ausbruch des Weltkrieges seine Ideale verlagert, sondern er glaubt. Gegenüber den Schwärmungen, mit denen er von allen Seiten bedeckt wurde, handelte er unentwegt nach der Devise:

„Laß die Leute reden, was sie mögen, Sei wie ein steter Sturm, d'rauf nimmer wanken Die Finnen, wenn der Sturm ihm braust entgegen.“

Ein ganzes Jahr lang hat niemand in Frankreich seine Schriften, die die französische Literatur ehren und die mit dem Nobelpreis ausgezeichnet wurden, zu Gesicht bekommen; nur einige Sätze und willkürlich herausgegriffene Abschnitte hat die blind wütende Zensur zugelassen. Erst Mitte 1915 konnte sein prächtiges Buch: „Au dessus de la mêlée“, eine Sammlung von mutigen Artikeln über den Krieg, Eingang in Frankreich finden. Durchdrungen von dem Gedanken der Solidarität der Kulturvölker, entfaltete Rolland von der friedlichen Schweiz aus, wo er seit Kriegsbeginn an Aufenthalt genommen hat, eine umfangreiche literarische Tätigkeit im Dienste wahrer Zivilisation.

Von dem gleichen hohen Ideal befeelt, wirkt nach Möglichkeit in Frankreich Henri Barbusse an einer großen Zahl von linksstehenden Journalen, überall den völkerveröhnenden Internationalismus der sich breitmachenden nationalistischen Barbarei entgegenstellend. Sein Name ist heute in der ganzen Kulturwelt bekannt geworden durch das prächtige Kriegsbuch „Le Feu“ („Feuer“), jenes so lebenswahre Werk über den Massenmord, das nun auch in deutscher Uebersetzung vorliegt.

Die französischen Prolegane in ihrer großen Mehrzahl, die, wie die Chauvinisten aller Länder ihren Teil der Verantwortung an diesem Völkerverderben tragen, bemühen sich bis auf den heutigen Tag, den Völkerverderben zu verhüten und der Verständigung der Kulturvölker entgegenzuwirken. Da ist es erschrecklich festzustellen, daß bereits seit langem einzelne Stimmen von Aufrechten laut wurden, die zunächst verhalten und die je nach ihrer Bedeutung als Träumer, Utopisten oder als „Landesverräter“ angesehen werden. Jetzt ist die Opposition auch in Frankreich bereits so stark geworden, daß alle Versuche, die Vernunft und das Denken zu ersäufen, erfolglos bleiben müssen.

nahme ohne nachhaltige Wirkung bliebe, wenn sie nur an einzelnen Orten durchgeführt würde, so richtet sie das Ersuchen an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, den Gewerkschaftsvertretern im ganzen Reich zu empfehlen, ihre Komittees niederzulegen.

Das ist eine Bankrotterklärung in aller Form. Man duldet wohl in den amtlichen Körperschaften einige Arbeitervertreter. Es gelingt diesen aber nicht, einen nennenswerten Einfluß auszuüben.

Schon früher sind deshalb an anderen Orten die Arbeitervertreter aus den Ernährungsausschüssen zurückgezogen worden. Die Generalkommission wird natürlich das Ersuchen des Magdeburger Gewerkschaftsartikels ablehnen, weil sie es als ihre vornehmste Aufgabe erachtet, mit allen Mitteln die kapitalistische Regierungspolitik zu unterstützen.

Kuoreden sind billig. Im mitteldeutschen Kohlengebiet hatten die Bergarbeiter Lohnforderungen eingereicht. Daß sie von den schweren Gewinnen einfließenden Grubenherren abgesehen worden sind, das ist an sich nichts Bemerkenswertes. Das gehört ja zu den Alltäglichkeiten. Einigermassen bemerkenswert sind jedoch die Begründungen die bei dieser Gelegenheit ans Tageslicht kamen.

Die Grubenverwaltung der Riebeckischen Montanwerke kam mit dieser Erklärung: die Forderung wird abgelehnt, weil die Regierung die mit Wirksamkeit ab 1. April geforderte Preiserhöhung nicht zugestanden hat. Die beanspruchte Lohnhöhung würde 3-4 Millionen Mark erfordern. — Da hat die Regierung die Versicherung; hätte sie den Grubenherren eine Mehreinnahme von 10-20 Millionen Mark zugebilligt, dann hätten die Bergarbeiter auch 3-4 Millionen Mark abbekommen. Nun bekommen sie nichts. — Anders reden wieder die Besitzer der Braunkohlenwerke. Sie würden mehr zahlen, wenn andere Gruben, die weniger als sie zahlten, vorher die Löhne erhöhen würden. Die benachteiligten Gruben jedoch lehnen ab — weil, ja weil sie nichts verdienen.

So verschieden und zum Teil widersprechend die ablehnenden Antworten sind, immer haben sie für die Arbeiter die eine Wirkung, sie bekommen nichts! Und man sieht aus den Antworten: Gründe sind immer billig, wie — pardon, das Sprüchlein gilt nicht mehr es gibt es eben nichts billiges mehr, außer derartigen Gründen.

Wie die Königsberger Gewerkschaften den Konsumverein fördern! In Königsberg fand am Sonntag, den 26. Mai, die Generalversammlung des Konsumvereins für Königsberg statt. Auf der Tagesordnung stand u. a.: „Ersatzwahl der Mitglieder des Aufsichtsrats“. Von den zwölf Mitgliedern des Aufsichtsrats waren diesmal fünf der Unabhängigen Partei angehörende zu wählen. Diesen Umstand wollte die Gewerkschaftsgruppe mit ihrem Anhang benutzen, um den Aufsichtsrat von den politisch-radikalen Mitgliedern zu säubern und an deren Stelle Gewerkschaftsbeamte abhängigen Kalibers hineinzuwählen. Getreu ihrer in der politischen Bewegung geübten Taktik bedienten sie sich zu diesem Zweck der unanständigsten Mittel — wie Lüge, Verleumdung und Denunziation. Nicht allein die Gewerkschaftsbeamten, sondern auch der Arbeitersekretär luden ein paar Tage vor der Konsumvereinsversammlung Mitglieder des Konsumvereins zu Versammlungen in ihre Büros bzw. ihre Privatwohnungen ein und hielten in der verlogenen Weise gegen die bisherigen neu zu wählenden Aufsichtsratsmitglieder, ohne daß diese sich gegen die gehässigen läugerischen Angriffe verteidigen konnten. Nur die politisch-radikalen Aufsichtsratsmitglieder sollten Schuld daran sein, daß die Konsumvereinsmitglieder solche knappe Rationen zugeteilt erhielten und nicht immer genügend Waren in den Verkaufsstellen vorhanden seien. Die unabhängigen Sozialisten nämlich erst immer reichlich für sich. Deshalb müssen sie aus dem Aufsichtsrat heraus und andere ehrliche Genossenschaftsfreunde, nämlich die Gewerkschaftsbeamten, hinein. Diese hatten denn auch gleich Stimmzettel mit ihren Namen drucken lassen, die in der Generalversammlung verteilt wurden. Infolge dieser Wästen, unter zwölftausend Mitgliefern betriebenen Agitation rechnete der Vorstand des Konsumvereins mit großem Besuch der Versammlung und hatte daher den größten Saal der Stadt gemietet, der auch nahezu gefüllt war.

Gleich bei dem ersten Punkt der Tagesordnung „Geschäftsbericht“ hielt der Angestellte des Bauarbeiterverbandes, Kriese, eine demagogische Hecke gegen den Aufsichtsrat, insbesondere gegen den Vorsitzenden desselben und das Verkaufspersonal. Ihm folgte in derselben Tonart der Angestellte des Holzarbeiterverbandes, Kahl, und der abhängige Parteisekretär Seemann. Den Angegriffenen war es nun, von Angesicht zu Angesicht, ein leichtes, unter dem starken Beifall der Mehrheit der Versammelten die gewissenlosen Lügen und Verleumdungen zurückzuweisen und die unlauteeren Absichten dieser laubenen Brüder zu entlarven.

Der Erfolg der demagogischen Hecke war ein unerwarteter, wenn auch für jene kein erfreulicher. Trotzdem für die Vorschläge zur Wiederwahl der alten Aufsichtsratsmitglieder gar keine Agitation betrieben war, wurden diese mit circa 40 Stimmen Mehrheit gewählt. — Weil der vorgeschrittenen Zeit wegen der übrige Teil der Tagesordnung nicht mehr erledigt werden konnte, muß eine Fortsetzung der Versammlung stattfinden.

Doch die Gewerkschaftsführer durch diese wohlverdiente Niederlage sich abhalten lassen werden, den politischen Kampf weiter in die Genossenschaftsbewegung zu übertragen, ist nach den bisherigen Erfahrungen kaum anzunehmen.

Groß-Berliner Chronik.

Die Brotverkürzung in Berlin. Der Lebensmittelverband Groß-Berlin hat beschlossen, die Brotration von Mitte Juni an um etwa zehn Prozent zu kürzen und demnach auf 1750 Gramm festzusetzen. Die Zusatzbrotkarte bleibt mit 450 Gramm unverändert.

Der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst von Kessel, ist in der Nacht zum 28. Mai im Alter von 72 Jahren an einem Schlaganfall gestorben.

Die Wirksamkeit des verstorbenen Oberbefehlshabers in den Marken während der vier Kriegsjahre wird in der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung und vor allem in der unserer Partei unvergessen bleiben, — freilich nicht in dem Sinne, wie er in den Retrolagen der bürgerlichen Presse zum Ausdruck kommt. Auch den zahlreichen politischen Opfern des Belagerungszustandes, der Schutzhaft, der außerordentlichen Kriegsgerichte usw. wird der Name v. Kessel dauernd im Gedächtnis bleiben.

Im übrigen bleibt natürlich das System, das Herr von Kessel als die mächtigste Persönlichkeit von Berlin vertrat, dasselbe. An die Stelle des Verstorbenen wird ein anderer hoher General treten, der die Geschäfte der modernen Großstadt nach rein militärischen Erwägungen beherrschen wird. Vorläufig ist dem stellvertretenden Kommandierenden General des III. Armeekorps, General der Infanterie von Dethen, die Wahrnehmung der Geschäfte des Oberkommandos in den Marken übertragen worden.

Auf dem Bahnhof erschossen. Trotz der Verordnung des Kriegsministeriums, daß militärische Geisangene nur noch im Wagen durch die Straßen Berlins transportiert werden sollen, ist wieder ein Gefangener zu Fuß transportiert und bei einem Fluchtversuch am Bahnhof Alexanderplatz erschossen worden. Ein Soldat aus Frankfurt a. O. war als Fahnenflüchtiger in Berlin festgenommen worden und sollte nach seiner Garnison transportiert werden. Beim Eingang in den Bahnhof von der Draisenstrasse aus unternahm der Befahrene einen Fluchtversuch, worauf der Transporteur von seiner Schußwaffe Gebrauch machte. Die Kugel durchschlug das Genick und der Flüchtling stürzte tot zusammen. Durch die an der Wand abprallende Kugel wurde eine Frau, die die Treppe herabkam, leicht an der Hand und am Oberschenkel verletzt. Wie oft sollen sich solche Vorfälle noch wiederholen?

Mehlschiebung. Die Kriminalpolizei hatte in Erfahrung gebracht, daß auf dem Schlesischen Güterbahnhof ein Waggon mit Mehl eingelaufen sei, das anscheinend verschoben werden sollte. Es erschienen auch zwei Wagen, deren Kutscher das Mehl abholten. In einiger Entfernung wurden zwei Herren beobachtet, die den wegfahrenden Wagen folgten. Diese gelangten nach dem Planufer. Dort erhielten die Kutscher die Weisung, das Mehl nach Planufer 92b zu fahren und dort unterzustellen. Es kam aber gar nicht zum Abladen, denn die Wagen konnten die enge Torfahrt nicht passieren, und deshalb fuhren die Kutscher nach der Admiralsbrücke. Hier gestellten sich zwei Männer zu ihnen, die angaben, daß sie Abnehmer für das Mehl seien. Als aber das Geschäft abgeschlossen war, legitihierten sich die Käufer als Kriminalbeamte und nahmen nicht nur die Kutscher, sondern auch deren Auftragsgeber fest und brachten sie nach dem Polizeirevier in der Kottbuser Straße. Hier wurden zunächst dem einen der Verhafteten 51000 Mk. und dem andern 1900 Mk. abgenommen. Bei dem Verhör gaben die Eistierten an, daß sie die Mehlladungen nach Hamburg schaffen wollten. Das Kriegswucheramt überwies das Mehl der Mehlerverteilungsstelle.

Arztliche Hilfe in Neudöln. Sofortige erste ärztliche Hilfe in dringenden Fällen ist zu jeder Tages- und Nachtzeit in Neudöln auf der Rettungswache, Kirchhofstraße 20/23, zu erhalten.

Zur Bekämpfung der Wohnungsnot. In der vorigen Woche traten die Groß-Berliner Städte und Kreise zu erneuter Beratung zusammen über die Notmaßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungswesens bei Rückkehr der Krieger. Es wurde einmütig beschlossen, zu diesem Zwecke einen Zusammenschluß der Städte und Kommunalverwaltungen in rechtsgültiger Form vorzubereiten. Auch wurde ein gemeinsames Vorgehen zur Beschaffung der Materialien in Aussicht genommen.

Ver einheitlichung des Rettungswesens. Am Berliner Rathaus waren kürzlich Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden zusammengetreten, um über die Vereinheitlichung des Rettungswesens zu beraten. Die Verhandlungen ergaben, daß der Wunsch nach einem Zusammenschluß und einer einheitlichen Regelung des Rettungswesens und Krankentransportwesens allgemein war. Zur Beratung der Einzelheiten wurde eine Kommission eingesetzt.

Aus den Organisationen.

Treptow-Baumshulenkweg. Am 14. Mai hielt der Wahlverein seine diesjährige Generalversammlung ab. Die Tagesordnung lautete: Bericht und Neuwahl des Vorstandes und der Funktionäre. Ferner war ein Vortrag des Gen. Fr. Jubel über die preussische Wahlrechtsvorlage vorgesehen. Der Vortrag durfte nicht stattfinden, da er vom Bürgermeister von Treptow wieder verboten wurde. Auch Diskussion war streng untersagt. Es durften also an demselben Tage, an dem die preussische Wahlrechtsvorlage im preussischen Abgeordnetenhause in dritter Lesung abgelehnt wurde, Einwohner und Steuerzahler von Treptow-Baumshulenkweg nicht über die preussische Wahlrechtsvorlage sprechen.

Der Genosse Jubel, der Vertreter des Kreises im Reichstag, zu dem auch Treptow-Baumshulenkweg gehört, erklärte dazu, daß er im Kreise in allen Orten ungehindert sprechen kann und daß auch ungehindert Diskussion stattfindet, wie erst kürzlich in Schöneberg und Rawasow, nur in Treptow-Baumshulenkweg werden ihm fortgesetzt solche Schwierigkeiten gemacht und über ihn die Mundperre verhängt. Er wird die Maßnahmen des Bürgermeisters im Reichstage zur Sprache bringen.

Die Klage gegen das Fräulein Gerisch auf Herausgabe von Wahlvereinsvermögen ist vom Gericht in zweiter Instanz abgewiesen worden mit der Begründung, daß ein Einzelmitglied des Vereins kein Klagerecht habe. Es hat keine Untersuchung des Falles stattgefunden, andere Behauptungen unserer Gegner sind falsch.

Die fälligen Neuwahlen sind wieder um ein Jahr zurückgestellt.

Der Kassenbericht schließt mit einer Jahreseinnahme und -ausgabe von 1200,14 Mk. ab.

In der darauffolgenden Diskussion nahm Genosse Jubel das Wort, wurde aber durch den überwachenden Polizeibeamten am Sprechen verhindert, indem derselbe den Vorsitzenden wiederholt aufforderte, dem Redner das Wort zu entziehen, andernfalls er von seinem Rechte Gebrauch machen würde.

Auf Antrag der Revisoren wurden Vorstand und Kassierer entlastet.

Die Neuwahlen zum Vorstand ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Max Rielen, 2. Vorsitzender Paul Horst, Kassierer Karl Müller, Schriftführer Franz Spielhagen, Beisitzer Gen. Helene Haack. Abteilungsleiter für den Ortsteil Treptow Carl Rother, für den Ortsteil Baumshulenkweg Paul Schlicht. Mit dem Gelöbnis, die Vorkommnisse bei der heutigen Zusammenkunft zur Aufklärung der arbeitenden Bevölkerung auszunutzen, schloß die gutbesuchte Versammlung.

Aus der Zeit.

Judenpogrome in Galizien. Das jüdische Presbüro in Stockholm berichtet: Die Pogromsperche in Galizien greift immer weiter um sich. In Wiszka, unweit Krasau, ereignete sich am 15. Mai ein regelrechter Judenpogrom. Zahlreiche jüdische Geschäfte wurden vollständig ausgeplündert, in den jüdischen Häusern wurden die Fensterstein eingeschlagen, viele Personen wurden verprügelt. Der materielle Schaden des Pogroms wird auf 1 Millionen Kronen geschätzt. Die lokale Polizei verhielt sich während der Ereignisse ganz passiv, so daß militärischer Beistand aus Krasau herangezogen werden mußte. Auch in Dobrezka bei Wiszka fanden jüdisch-indische Ausschreitungen statt.

Auch ein Grund zum Annetieren! Die „Welt a. M.“ schreibt: In Nr. 13 der „Deutschen Jägerzeitung“ schreibt E. vom Walde einen Artikel „Nach dem Kriege“, in dem man folgendes liest:

Wie unser Volk neuer Siedlungs- und Ernährungsgebiete bedarf, so braucht die Jägerei Vermehrung und Erweiterung der deutschen Jagdgründe. Wie die Bevölkerungszahl, so hat auch die Zahl der Jagdausübenden während der letzten vier Jahrzehnte im Reiche ganz gewaltig zugenommen. Die Jagdflächen, die durchschnittlich auf den einzelnen entfällt, wird infolge der Zunahme der Jäger immer kleiner. Dadurch wird aber der Wettbewerb immer größer, und die Jagdpachten steigen zu schwindelnder Höhe.

Die Erwerbung ausgedehnter Gebiete im Westen und Osten würde die Jagdgebiete um diese Flächen vermehren und die im alten Lande liegenden Reviere zum Teil entlasten.

Also um die Jagdpachten in Deutschland herabzudrücken müssen wir „ausgedehnte Gebiete im Osten und Westen annetieren! Von allen bisher vernommenen Gründen für eine Annetionspolitik wird dieser jedenfalls die Massen des Volkes am leichtesten davon überzeugen, daß wir den Krieg solange forsetzen müssen, bis uns der Frieden „ausgedehnte Gebiete im Osten und Westen“ beschert. Denn wenn unsere Jägerei keine Ausdehnung ihrer Jagdgebiete erlangt — nicht auszuwenden!

Aus dem Geisteshaß des Sozialismus.

Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewalttätig, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtung, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserm Willen zu unterwerfen und vermittels ihrer unsere Zwecke zu erreichen.“

Friedrich Engels
in „Herrn Eugen Dührings Umwälzung
der Wissenschaft“.

Auf den verschiedenen Formen des Eigentums, auf den sozialen Existenzbedingungen erhebt sich ein ganzer Ueberbau verschiedener und eigentümlich gestalteter Empfindungen, Illusionen, Denkmäler und Lebensanschauungen. Die ganze Klasse schafft und gestaltet sie aus ihren materiellen Grundlagen heraus und aus den entsprechenden gesellschaftlichen Verhältnissen. Das einzelne Individuum, dem sie durch Tradition und Erziehung zufließen, kann sich einbilden, daß die eigentlichen Bestimmungsgründe und den Ausgangspunkt seines Handelns bilden. . . . Und wie man im Privatleben unterscheidet zwischen dem, was ein Mensch von sich meint und sagt, und dem, was er wirklich ist und tut, so muß man noch mehr in geschichtlichen Kämpfen die Phrasen und Einbildungen der Parteien von ihrem wirklichen Organismus und ihren wirklichen Interessen, ihre Vorstellung von ihrer Realität unterscheiden.“

Karl Marx im „Achtzehnten Brumaire
des Louis Bonaparte“.

Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: E. Leib; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.

Druck: Maurer & Dimmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.